Freitag, den 22. Februar 1924. Einzelnummer 10 Goldpfennige. 35. Jahrgang — Nr. 45

Volkswacht

für Schlesien

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr. 5, durch die Zweigstelle, Zigarrengeschäft Reichelt, Matthiasstraße 140, sowie durch alle Austräger zu beziehen. Postpreis freibleibend! Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,40 Goldmark, monatlich 1,80 Goldmark. Bei Bezahlung in Papiermark nach dem Kurs am Zahlungstage.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5352.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 10 Pf. auswärts 12 Pf. Anzeigen unter Text 30 Pf., auswärts 45 Pf., Stellenangebote 4 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 3 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 1 Pf., das fette Wort 2 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Wahl-Vorbereitungen.

Zur Bestechung aller bürgerlichen Parteien mit Industriegeld.

München, 21. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der sogenannte günstige Wind wehte der Redaktion der „Münchener Post" ein für den Wahlkampf wichtiges Schriftstück auf den Redaktionstisch. Es ist dies ein Rundschreiben an die Mitglieder des Bayrischen Industriellen-Verbandes, der von Dr. Kuhlo, dem bewährten Freund Hitlers, geleitet wird. Hierin wird zunächst auf die Bedeutung der Wahlen hingewiesen und mitgeteilt, daß sich innerhalb des Verbandes ein sechsgliedriger Ausschuß zur Vorbereitung der Wahlen gebildet habe, der zur Gewinnung von Einfluß auf die einzelnen Parteien von den Mitgliedern des Verbandes nunmehr einen einmaligen Wahlbeitrag fordert. Der Ausschuß „rechnet mit Sicherheit darauf, daß sich keines der Mitglieder dieser Pflicht entziehen wird, weil wir nur so in der Lage sein werden, für eine würdige Vertretung der industriellen Interessen im neuen Landtag eintreten zu können. Die Gelder werden nur solchen Parteien zugeführt, welche auf dem Boden der bürgerlichen Wirtschaftsordnung stehen und bereit sind, industrielle Kandidaten zu nominieren." Bezeichnend an diesem Dokument ist vor allem die brutale Selbstverständlichkeit, mit der die Industriellen voraussetzen, daß die bürgerlichen Parteien samt und sonders käuflich sind. Das ist wohl mehr alles andere geeignet, den Wählern, insbesondere den Arbeitnehmern, die Augen darüber zu öffnen, mit welchen Mitteln man im bürgerlichen Lager den Wahlkampf zu führen gedenkt.

Bayrische Landtagswahl am 6. April.

München, 21. Februar. (Eigener Drahtbericht.) **Als Ergebnis einer interfraktionellen Vereinbarung wurde zur Donnerstag-Vollsitzung des bayrischen Landtags ein von allen Fraktionen** gemeinsam gestellter Antrag auf Auflösung des Landtages eingebracht. Diesem Antrag zufolge, der ohne Debatte einstimmig angenommen wurde, setzt die Regierung die Neuwahlen auf den 6. April fest, wobei sich der jetzige Landtag am 5. April auflöst. Die noch zu erledigenden Arbeiten sind in kürzester Frist abzuschließen. Als Gewähr dafür wird mit dem 21. Februar die Zahlung der Diäten eingestellt. Die an Sitzungen teilnehmenden Abgeordneten erhalten lediglich Tagegelder. Die Eisenbahn-Freifahrten behalten sämtliche Abgeordnete bis einschließlich 5. April. Durch diesen Beschluß wird der erste Teil des Volksbegehrens überflüssig, der nunmehr offiziell von seinen Veranstaltern zurückgezogen wird. Bisher sind für diesen Teil des Volksbegehrens über eine Million Stimmen gezählt.

Infolge des Auflösungsbeschlusses des Landtages beginnt am Freitag offiziell der Wahlkampf. Im Staatsanzeiger soll eingehend die Wahlverordnung der Regierung veröffentlicht werden, ebenso die Verordnung über die Sicherung der Wahlfreiheit, die am Mittwoch den Fraktionen bekanntgegeben worden ist. Diese Verordnung gestattet die Versammlungsfreiheit, verbietet aber Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel. Flugblätter müssen zur Genehmigung vorgelegt werden, dürfen aber nur verboten werden, wenn sie eine Aufreizung zur Beseitigung der Verfassung enthalten, oder wenn sie in ihrem Inhalt eine Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit darstellen. Dasselbe gilt von der Presse. Die Verbote müssen begründet sein. Das Wesentliche ist, daß die durch die Verordnung vom 26. 9. 1923 erfolgte Aufhebung der verfassungsmäßigen Grundrechte nicht gilt für Personen, die wählbar sind, als Wahlbewerber auftreten und sich an der Wahldurchführung beteiligen. Das Verbot der kommunistischen und der nationalsozialistischen Partei wird nicht aufgehoben. Diesen Parteien ist also die Verwendung ihrer ursprünglichen Namen im Wahlkampf nicht gestattet. Im übrigen genießen die Anhänger dieser Parteien dieselben Wahlfreiheiten wie die übrigen Parteien.

Um den endgültigen Neuwahltermin im Reiche.

Der Reichskanzler hat am Donnerstag Verhandlungen mit den bürgerlichen Parteien anberaumt, die aber in letzter Stunde abgesagt wurden. Es war geplant, hauptsächlich über die Festlegung des Wahltermins zu beraten. Inzwischen haben die Deutschnationalen dem Reichskanzler ihre Auffassung dahingehend mitgeteilt, die Reichstagswahlen gemeinsam mit den bayrischen Landtagswahlen am 6. April vorzunehmen. Innerhalb der anderen bürgerlichen Parteien besteht keine Neigung, sich diesem Verlangen anzuschließen. Es ist anzunehmen, daß Klarheit über die Frage und die Behandlung der von der Sozialdemokratie gestellten Abänderungsanträge am Freitag in einer Sitzung des Aeltestenausschusses geschaffen wird.

Wie die Kölnische Volkszeitung meldet, soll der Parteitag der Zentrumspartei am 5. und 6. April zu Fulda stattfinden.

Ein geheimnisvoller Ueberfall auf Alfred Kerr

hat nach Mitteilungen des Ueberfallenen selbst bereits seine Aufklärung gefunden. Es handelt sich um den Racheakt einer Bühnendame niederen Ranges wegen einer ungünstigen Theaterkritik. Urheber des Attentats sei allerdings der Beschützer dieser Dame, ein hoher Staatsbeamter, der in Spielerkreisen sehr bekannt sei. Das Material darüber liege bereits dem Staatsanwalt vor. Damit gewinnt der Fall auch politisches Interesse, zumal der Hinweis ziemlich deutlich ist. Es handelt sich offenbar um einen hohen preußischen Staatsbeamten, der schon im alten Regime im höheren Staatsdienst stand und auf dessen in Lebewelt- und Spielerkreisen allzubekannte Persönlichkeit wir in der „Volkswacht" leider vergeblich schon mehrmals kritisch hingewiesen haben. Dieser Beamte hat allerdings sehr gute Beziehungen zu gewissen Abteilungen der Berliner Polizei und zum Reichspressechef. Der Ueberfall ist mißglückt, da Kerr in Begleitung seiner Gattin war.

Gegen die Fahrpreiserhöhung der 3. und 4. Eisenbahnklasse.

Bei gleichzeitiger Verbilligung der 1. Klasse!

Die Sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgende Interpellation eingebracht:

Wie aus Mitteilungen des Reichsverkehrsministers im ständigen Ausschuß des Reichseisenbahnrats hervorgeht, beabsichtigt die Reichsbahnverwaltung, im Personenverkehr die Tarife in der Weise zu erhöhen, daß die Einnahmen aus dem Personenverkehr ausreichend sind zur Deckung der Selbstkosten dieses Verkehrszweiges. Gleichzeitig soll eine erhebliche Ermäßigung der Gütertarife einschließlich der Tiertarife durchgeführt werden.

Die damit eingeleitete Tarifpolitik bedeutet eine völlige Abkehr von der bisherigen, die unter Berücksichtigung weitgehender sozialer Aufgaben der Reichsbahn die Personentarife möglichst schonte und die allgemeinen volkswirtschaftlichen Aufgaben durch zweckentsprechende Gestaltung der Gütertarife zu erfüllen strebte.

Die Einnahmesteigerung aus dem Personenverkehr soll durch eine außerordentlich unsozial wirkende und wirtschaftlich gefährliche Erhöhung der Fahrpreise für die 3. und 4. Wagenklasse bei Schonung der 2. und erheblicher Ermäßigung für die 1. Wagenklasse erreicht werden. Das bedeutet eine ungeheure Belastung der Minderbemittelten zugunsten der zahlungsfähigen Bevölkerungsschichten, insbesondere des Berufs- und Vorortverkehrs.

Wir fragen die Reichsregierung:

1. Sollen künftig bei der Gestaltung der Eisenbahntarife soziale Gesichtspunkte nicht mehr berücksichtigt werden?
2. Wie denkt sich die Reichsregierung die Durchführung der sozialpolitischen Aufgaben, die bisher der Reichsbahn zufielen?
3. Wie denkt sich die Reichsregierung die weitere Durchführung der Siedlungspolitik ohne die fördernde Mitwirkung der Reichsbahn?
4. Soll die durch den Lichtbildzwang herbeigeführte, schikanös wirkende Verkehrserschwerung und Verkehrsverteuerung trotz der erheblichen Erregung weiter Bevölkerungsschichten durchgeführt werden?

Die bürgerliche Regierung Thüringens gewählt.

Weimar, 21. Februar. (Eigener Drahtbericht.) **Die erste Sitzung des neuen thüringischen Landtages trat am Donnerstag zusammen. Das Interesse an der Eröffnung des Landtages war so groß, daß das Landtagsgebäude förmlich umlagert wurde nach Tribünenkarten. Die Wahl des Landtagspräsidenten benutzte der Ordnungsbund, um mit dem parlamentarischen Brauch, der stärksten Partei diesen Posten zu geben, zu brechen. Der Landbündler Dr. Wernick wurde zum Landtagspräsidenten gewählt. Der Kandidat der Sozialdemokratischen Partei erhielt mit Unterstützung der Kommunistischen Partei nur 28 Stimmen. Die Sitzung, die überaus lebhaft verlief, mußte gegen 8 Uhr abends wegen dauernden Lärms und Klappern mit den Pultdeckeln durch die Kommunisten unterbrochen werden. Die Wahl der Regierung ergab: Ministerium des Innern und Wirtschaft: Sattler-Rudolstadt, Justiz und Volksbildung: Leutheuser-Gotha, Finanzministerium: Stolze-Altenburg. Zu Staatsräten wurden gewählt: Ort-Reuß, Herfurth-Weimar, Fritze-Meiningen und Klüchtzner-Sondershausen.** — Die Zusammensetzung dieser bürgerlichen „Fach"-Regierung entspricht unseren Voraussagen. Die neuen Minister gehören ausschließlich den Rechtsparteien an.

Einlösung des gesamten preußischen Notgeldumlaufes.

Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt mit:

Nachdem bereits die Stücke des wertbeständigen preußischen Notgeldes über 4,20 und 2,10 Goldmark aufgerufen worden sind, werden nunmehr im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen die Notgeldscheine des Freistaates Preußen über 1,05 Goldmark, gleich ¼ Dollar, und 0,42 Goldmark, gleich 1/10 Dollar nordamerikanischer Währung lautend, vom 20. Februar 1924 ab zur Einlösung aufgerufen. Die Einlösung erfolgt bis zum 10. März 1924 einschließlich bei der von der Generalstaatskasse hierfür besonders eingerichteten Umtauschstelle (Notgeldstelle des Preußischen Finanzministeriums, Berlin, Oranienstraße 106/9) und sämtlichen staatlichen Kreiskassen und den Regierungshauptkassen.

Ferner teilt der Amtliche Preußische Pressedienst mit, daß die Frist für die Einlösung der schon seit einiger Zeit aufgerufenen Notgeldscheine des Freistaates Preußen über 4,20 Goldmark = 1 Dollar nordamerikanischer Währung bis zum 25. d. M. einschließlich verlängert ist.

Wackelt Poincaré?

Paris, 21. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Ministerpräsident Poincaré hat heute im Senat bei der Beratung der Wahlreform mit 150 gegen 134 Stimmen einen knappen Sieg erfochten. In parlamentarischen Kreisen will man wissen, daß Poincaré dem Präsidenten der Republik erklären wolle, daß er mit einer so geringen Mehrheit nicht weiter regieren könne und darum seinen Rücktritt anbiete. Man zweifelt nicht daran, daß Millerand in diesem Falle das Rücktrittsgesuch annehmen wird.

Eine friedliche Revolution in den Vereinigten Staaten.

„Die einzige Revolution, die Bestand haben wird von all den Revolutionen der letzten Jahre" — so nennt ein Nationalökonom der Harward-Universität, Professor Carver, den in den Vereinigten Staaten während der letzten Jahre zu beobachtenden, sehr friedlichen Vorgang der Uebernahme kapitalistischer Funktionen und Betätigungen seitens der Arbeiterklasse, die vor allem sich bemerkbar macht in dem Erwerb einiger der größten Industriegesellschaften durch die Angestellten und Arbeiter, sowie in der Eröffnung zahlreicher Arbeiter- oder Gewerkschaftsbanken. Bei einer der letzteren wurden am Tage ihrer Eröffnung nicht weniger als 5 Millionen Dollar an Depositengeldern eingezahlt. Besonders große Einzahlungen erfolgen von Seiten der Gewerkschaften, deren angesammelte Fonds eine immer wichtigere Rolle zu spielen beginnen und, soweit von einer Tendenz zu sprechen ist, immer mehr zur Gewinnung eines Einflusses auf Industrie und Finanz seitens der Arbeiterschaft Verwendung finden. Die Uebernahme von Fabriken und Werken durch die Arbeiter selbst geht in den Vereinigten Staaten rascher vor sich als in jedem anderen Lande.

Um das Heeresbudget Polens.

In politischen Kreisen Warschaus hat der Wechsel im polnischen Kriegsministerium starken Eindruck gemacht. Eine Ueberraschung war nicht so sehr der Rücktritt des Kriegsministers Sosnkowski als vielmehr die Ernennung des Generals Sikorski. Sosnkowski hegte, wie man wußte, schon seit einiger Zeit die Absicht, zu demissionieren. Der Ernennung des Generals Sikorski hat der Ministerpräsident Grabski um so bereitwilliger zugestimmt, als er von diesem die Zusicherung erhalten hatte, das bereits festgesetzte Heeresbudget nicht zu überschreiten; jede Ueberschreitung des Budgets hält nämlich Grabski für einen Umsturz des ganzen Finanzsanierungsplanes. Andererseits verlautet, daß Sikorski auf die Berufung Pilsudskis in die Armee keinen Nachdruck legen werde. Sensation hat es in politischen Kreisen hervorgerufen, daß der Wechsel im Kriegsministerium ohne Verständigung mit den Parteien erfolgte. Infolgedessen hat sich gestern eine Delegation von Seimabgeordneten der Rechten zum Ministerpräsidenten begeben, um ihm eine entsprechende Erklärung zu überreichen.

Der russisch-polnische Wettbewerb um Ukrainer und Weißrussen.

Der ukrainische Abgeordnete Waszinczuk lenkte im Warschauer Auswärtigen Ausschuß die Aufmerksamkeit auf die friedlichen Tendenzen in Europa. „Polen bewahrt weiter Reserve gegenüber Rußland und ließ sich von fremden Staaten überholen. Was die ukrainische Frage anbelangt, so enthält das Programm der polnischen Regierung keinerlei Richtlinie. Die Tschechen sind entschiedene Freunde der Ukrainer und treten mit Initiative hervor und umgeben die Emigranten mit Fürsorge. Die polnischen Politiker wollen dagegen in den Ukrainern Feinde sehen und versuchen nicht einmal Beziehungen mit ihnen anzuknüpfen, welche das Zusammenleben der Völker freundschaftlicher gestalten würde. Der Redner erinnert an den Föderationsplan Pilsudskis, von dem gegenwärtig nicht mehr die Rede ist. Das Föderationsprogramm Polens ist heute von Rußland aufgegriffen worden oder die Initiative ist aus den Händen Polens in russische Hände übergegangen. Die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund kann die Minderheitenfrage vor dem Völkerbunde wieder aufrollen, und auch Rußland dürfte die Frage der Ukraine wieder anschneiden, um Polen Schwierigkeiten auf internationalem Gebiete zu bereiten. Polen müßte eine ganz andere Rolle als Vermittler zwischen dem Westen und Osten spielen, doch um diese Rolle ausfüllen zu können, muß es sein Verhältnis gegenüber den nationalen Minderheiten vollständig ändern."

Auch der Vertreter der Weißrussen, Taraschkiewicz, betonte die Wichtigkeit der Frage der ukrainischen und weißrussischen Minderheit für die polnische Politik. Die nationale Bewegung in Weißrußland ist auf russisches Gebiet übergegangen. Dies ist für den polnischen Staat schädlich, der durch seine falsche Politik die Assimilierung verhinderte.

Der Vertreter der polnischen Wizwolenieparici (Kleinbauern) forderte von der polnischen Regierung eine Politik, welche die Völker, die sich vom russischen Joche freigemacht haben, Polen näher bringen würde und versicherte den ukrainischen Abgeordneten, daß die Idee der Föderation nicht erloschen sei und daß die polnischen Parteien die Idee des Baues einer unabhängigen Ukraine, gestützt auf Polen, nicht aufgegeben haben. Ebenso sprach der sozialistische Redner.

Rekruteneinstellung in die Rote Armee.

Anfang April wird in Rußland die erste reguläre Einberufung von Wehrpflichtigen (im Gegensatz zu den bisherigen außerordentlichen Aushebungen) stattfinden, und zwar soll der Jahrgang 1902 zu den Fahnen berufen werden. Da zu diesem Jahrgang mehr Rekruten gehören, als eingestellt werden können, so sollen alle Stellungspflichtigen einer besonders strengen Prüfung auf ihre körperliche Diensttauglichkeit unterzogen werden; die Versorger von unbemittelten Familien sollen nach Möglichkeit ganz vom Dienst befreit sein.

Beschlüsse der Internationale.

Gefaßt in Luxemburg am 17. Februar 1924.

Reparationsproblem und arbeitende Klassen.

Die Internationale hat seit jeher die moralischen Kräfte der Menschheit als die Grundlage jener neuen Gesellschaftsordnung angerufen, die die Arbeiterklasse schaffen will. Sie begrüßt aus ganzem Herzen den Erfolg der Bemühungen der englischen Genossen, die von den gleichen Gedanken erfüllt, der internationalen Politik, die bis nun der Kampfboden für die raubgierigen Interessen des Kapitalismus in den verschiedenen Ländern war, eine neue Wendung geben wollen.

In der gegenwärtigen Situation hält es das Exekutivkomitee der Internationale nicht für notwendig, die so oft erlassenen Erklärungen über die Voraussetzungen einer Politik des Friedens und der Versöhnung nach diesem Weltkrieg, zu dem das alte kapitalistische und antidemokratische Herrschaftssystem geführt hat, noch einmal zu wiederholen. Es genügt, hier festzustellen, daß

der Gang der Ereignisse uns vollkommen recht gegeben

hat. Stets haben wir die vollständige Nutzlosigkeit und die Gefahren einer Politik der Gewalt und des Zwanges aufgezeigt. Es ist eine Schmach für die Menschheit, daß fünf Jahre nach dem formellen Friedensabschluß die Bevölkerung weiter Gebiete unter der Willkürherrschaft des Militarismus der Sieger verbleibt, und wir erheben lauter als je die Forderung, die von der Internationale so oft gestellte Forderung nach der schnellsten Räumung der besetzten Gebiete.

Zugleich wiederholen wir, daß die Wiederherstellung der durch das schreckliche Wüten des Krieges zerstörten Gebiete ohne Umschweife und ohne Hinterhältigkeit durchgeführt werden soll.

Indem die Exekutive konstatiert und es als Fortschritt anerkennt, daß seit dem Siege der britischen Arbeiterpartei die kapitalistischen Regierungen selbst gezwungen sind, eine friedliche ökonomische Lösung des Reparationsproblems zu suchen, macht sie doch nachdrücklich darauf aufmerksam, daß auch eine friedliche ökonomische Lösung des Reparationsproblems, wie die kapitalistischen Regierungen sie nunmehr suchen, zu einer ernsten

Gefahr für das internationale Proletariat

werden kann.

Wenn nämlich die Lösung der deutschen Arbeiterklasse Lasten auferlegte, die nur getragen werden könnten bei Verlängerung der Arbeitszeit in Deutschland über acht Stunden und bei empfindlicher Senkung des Reallohnes der deutschen Arbeiter, dann würde der Mechanismus der kapitalistischen Konkurrenz auch auf die anderen Länder einen Druck zur Verlängerung der Arbeitszeit und zur Senkung der Löhne üben. Die Reparationen würden auf diese Weise faktisch bezahlt werden nicht von der für den Krieg verantwortlichen und an den Kriegsfolgen bereicherten kapitalistischen Klassen Deutschlands, sondern von den Arbeitern aller Länder.

Die Exekutive warnt daher die Arbeiter aller Länder vor der ernsten Gefahr, daß die kapitalistischen Regierungen, die bisher durch den Streit um die Reparationen die Lebenshaltung der Arbeiter gedrückt haben, nunmehr durch eine Verständigung über die Lösung des Reparationsproblems mit rein kapitalistischen Methoden die Lebenshaltung der Arbeiter noch weiter zu drücken versuchen werden.

Angesichts dieser Gefahren erklärt die Exekutive, daß die Verständigung über das Reparationsproblem nicht nur die

Befreiung der besetzten Gebiete

ermöglichen und nicht nur den Anspruch Frankreichs und Belgiens auf Reparationen mit der Notwendigkeit der Stabilisierung der Währungen und der Wiederherstellung des ökonomischen Gleichgewichtes in Europa in Einklang bringen, sondern auch die internationale Arbeiterklasse vor einer allzu heftigen deutschen Konkurrenz dadurch schützen muß, daß sie die Wiederherstellung des Achtstundentages in Deutschland und seine Aufrechterhaltung in der ganzen Welt garantiert und das Schwergewicht der Reparationsleistungen nicht der deutschen Arbeit, sondern dem deutschen Kapital auferlegt.

Wir bestehen daher auf der Forderung, daß in der schweren Frage der Reparationen, die augenblicklich in der ganzen Welt obenan steht, nicht bloß dem rein ökonomischen und finanziellen, sondern auch den sozialen Erwägungen Rechnung getragen werde. Wir bestehen nicht minder auf der absoluten Notwendigkeit, endlich mit den veralteten Methoden zu brechen, und an ihre Stelle jene

Politik der Aufrichtigkeit und des Vertrauens

zu setzen, die stets die internationalen Beziehungen der Arbeiterparteien untereinander geleitet hat. Ohne sie wird man niemals zu jenem Gefühl wechselseitiger Sicherheit gelangen, das für die friedliche Entwicklung der Welt ebenso wichtig ist wie die Lösung des Reparationsproblems selbst. Durch guten Willen, dadurch, daß der noch unzulängliche Völkerbund umfassender und demokratischer gestaltet wird, wird es sicher möglich sein, diesem Gefühl der Sicherheit nahezukommen, das die notwendige Vorbedingung ist, um den Rüstungen Einhalt zu gebieten und zur allgemeinen Abrüstung und dem obligatorischen Schiedsvertrag zwischen den Staaten zu gelangen, die die Internationale ebenso fordert wie die Entmilitarisierung und Neutralisierung gewisser Grenzgebiete. Wir hoffen, daß auch diese Fragen, von denen vielleicht die Zukunft der Menschheit abhängt, die der Krieg in einem Zustand der Zerrissenheit zurückgelassen hat, einer gründlichen Untersuchung zugeführt werden.

In diesem Augenblick, in welchem

gewisse Anzeichen trotz allem zu Hoffnungen berechtigen,

ruft die Internationale daher noch einmal die Arbeiterklasse und alle, die guten Willens sind und die erkannt haben, daß heute die Arbeiterklasse die wirkliche, große Kraft des Fortschritts ist, auf, ihre Anstrengungen zu verdoppeln, um eine Lösung des Problems herbeizuführen, die solange den Ausblick verdüstert haben.

Der Achtstundentag.

In Erwägung,

daß die Durchbrechung des Achtstundentages in Deutschland eine der verhängnisvollen Folgen des Ruhrkonflikts, das Unternehmertum in vielen Ländern zu heftigen Angriffen auf den Achtstundentag ermutigt hat;

daß jede Einschränkung der Geltung des Achtstundentages in einem Lande sofort in vielen anderen Ländern heftige Angriffe der Kapitalistenklasse gegen den Achtstundentag zur Folge hat,

fordert die Exekutive die Arbeiter aller Länder auf, sich

allen Angriffen der Unternehmerschaft gegen den Achtstundentag mit allen Kräften zu widersetzen;

begrüßt sie die Initiative der britischen Arbeiterregierung, die allgemeine Ratifizierung der Konvention von Washington über den Achtstundentag durchzusetzen;

fordert sie alle der Sozialistischen Arbeiter-Internationale angeschlossenen Parteien auf, die Bemühungen der britischen Arbeiterregierung dadurch zu unterstützen, daß sie, jede in ihrem Lande, die Ratifizierung der Konvention von Washington durchzusetzen sich bemühen,

und beauftragt sie das Bureau, im Einvernehmen mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund, in geeignetem Zeitpunkt eine

internationale Massenaktion für die Ratifizierung der Konvention von Washington

zu organisieren.

Rußland.

Die Exekutive der SAJ. konstatiert mit Genugtuung, daß nach der de jure-Anerkennung Sowjetrußlands durch die englische Arbeiterregierung und die Regierung Italiens die vollständige Anerkennung der Sowjetregierung durch alle anderen Mächte und die Wiederaufnahme der normalen Beziehungen zwischen Rußland und Europa nunmehr als unmittelbar bevorstehende Tatsache betrachtet werden kann, worin die Exekutive die beste Gewähr für die Einstellung des politischen Boykotts Rußlands und für die Unmöglichkeit der Wiederholung der Interventions- und Blockadepolitik sowie eine Förderung der Demokratisierung des politischen Regimes in Rußland erblickt.

Indem die Exekutive, in vollständiger Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des Hamburger Kongresses, die Bemühungen der sozialistischen Arbeiterparteien der einzelnen Länder für die Anerkennung der Sowjetregierung unterstützt, insbesondere überall dort, wo die Bourgeoisie die Anerkennung Sowjetrußlands de jure noch bekämpft oder sie an reaktionäre Bedingungen zu knüpfen sucht, ihre Anstrengungen für die Anerkennung Sowjetrußlands zu verstärken, wobei besondere Wachsamkeit nötig ist, damit die kapitalistischen Regierungen

dem russischen Volk nicht Bedingungen auferlegen, die wirtschaftlicher Versklavung gleichkommen,

erachtet es die Exekutive in um so höherem Maße für die Pflicht der sozialistischen Arbeiterparteien in allen Ländern, die Sozialisten Rußlands in ihrem Kampf gegen das System der politischen Unterdrückung zu unterstützen.

Die Exekutive sendet ihre

Grüße den in den Gefängnissen und Verbannungsorten Rußlands schmachtenden Genossen,

die trotz der unerhörten Verfolgungen ihren sozialistischen Ueberzeugungen treu geblieben sind, und betrachtet es als die Pflicht der der SAJ. angeschlossenen Parteien, eine energische Aktion für die Forderung der vollständigen Amnestie für alle politischen Gefangenen auf dem Gebiete der Sowjet-Union und für die Einstellung der Verfolgungen gegen alle nichtkommunistischen Arbeiter- und Bauerorganisationen einzuleiten.

Georgien.

In Anbetracht dessen, daß die rechtliche Anerkennung der Sowjetregierung von allen Regierungen Europas erwogen wird, bringt das Exekutivkomitee den angeschlossenen Parteien in Erinnerung, daß, gemäß den Beschlüssen des Hamburger Kongresses die sozialistischen Parteien, indem sie jede von der Regierung ihres Landes die Anerkennung der Sowjetregierung fordern, zugleich darüber wachen müssen, daß dieser Akt die Fortführung der Verhandlungen über die

Aufhebung der militärischen Besetzung Georgiens

nicht hindert.

Das Exekutivkomitee fordert die angeschlossenen Parteien auf, eine Propaganda zugunsten der Befreiung Georgiens von der Besetzung durch die Sowjetrussen gemäß den Beschlüssen von Hamburg zu veranstalten.

Armenien.

In Erwägung,

daß die Mächte der Entente unter Mißachtung der formellen Verpflichtungen, die sie im Vertrag von Lausanne auf sich genommen haben, Armenien den kemalistischen Türken preisgeben,

daß ungefähr

eine Million armenischer Flüchtlinge den Türkentoden im Jahre 1915 mit knapper Not entkommen

sind, die noch immer im Ausland leben und der äußersten Not preisgegeben sind und unter das Verbot gestellt, an ihren heimatlichen Herd zurückkehren,

daß in kurzer Zeit in den Parlamenten Englands, Frankreichs und Italiens Verhandlungen bezüglich der Ratifizierung des Vertrages von Lausanne beginnen werden,

empfiehlt die Exekutive der SAJ. mit Bezugnahme auf die Resolution des Hamburger Kongresses den sozialistischen Parlamentsfraktionen dieser drei Länder, anläßlich der Debatte über den Vertrag von Lausanne die

Wiederherstellung der armenischen Heimat

in dem in der Türkei unterstehenden Teil Armeniens zu fordern, eine Forderung, deren große Wichtigkeit vom Völkerbund und den Mächten selbst proklamiert worden ist.

Die Sozialdemokratie gegen die Verschleppung des Beamtenrätegesetzes.

Der 23. Ausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Donnerstag mit der Weiterberatung des Beamtenrätegesetzes. Nachdem die Sozialdemokratie, die KPD. und die Deutsche Volkspartei bereits vor Monaten ihre Bereitwilligkeit zur Weiterberatung des Gesetzentwurfes dem Vorsitzenden schriftlich mitgeteilt hatten, erklärten sämtliche anderen Parteien erst am Mittwoch in der Ausschußsitzung diese Bereitwilligkeit. Das Zentrum knüpfte daran noch die Bedingung, daß die Beschlüsse der zweiten Lesung fallen gelassen werden und zur ursprünglichen Regierungsvorlage zurückgekehrt wird. Für die Regierung erklärte Ministerialdirektor Dr. Falck, daß für das Kabinett bisher keine Ursache vorgelegen habe, sich mit der Weiterberatung des betreffenden Gesetzes zu befassen, da auf das Memorandum der Reichsregierung bei dieser noch keine Stellungnahme der Parteiführer eingegangen sei. Auch hätten die Beamtenorganisationen, trotzdem sie inzwischen mehrfache eingehende Aussprachen mit der Reichsregierung hatten, einen Wunsch auf Weiterberatung der Vorlage nie zu erkennen gegeben. Gegen diese Auffassung wurde von den Vertretern der Sozialdemokratie schärfste Verwahrung eingelegt. Es sei von den Fraktionen lediglich die Erklärung verlangt worden, ob sie zur Weiterberatung bereit seien. Diese Erklärung hatte die Sozialdemokratie abgegeben. Die Antwort der Fraktion auf das Memorandum könne nur durch eine Erklärung im Reichstagsausschuß, nicht aber durch eine Benachrichtigung der Regierung erfolgen. Im übrigen sei es verfehlt, die Beamtenorganisationen für die Säumigkeit der Regierung verantwortlich zu machen. Wäre man dem Vorschlag der Sozialdemokratie, am Schlusse der zweiten Lesung ohne Rücksicht auf die Stellung der Reichsregierung sofort in die dritte Lesung einzutreten, gefolgt, dann wäre die Frage heute längst erledigt. Das hätten jedoch die bürgerlichen Parteien abgelehnt. Ministerialdirektor Dr. Falck erklärte daraufhin, daß die Regierung sich nunmehr mit der Frage ebenfalls weiter befassen werde, nachdem die Stellungnahme der Parteien vorläge. Allerdings müßten auch die Länder in erneute Beratungen eintreten. Beschlossen wurde, die Beratungen aufzunehmen, sobald sich die Geschäftslage des Reichstages in der kommenden Woche übersehen läßt.

Und die Reichs-Angestellten?

Die Reichsregierung hat in diesen Tagen mitgeteilt, daß ab 29. März den Beamten nicht wie bisher die Hälfte ihres Gehaltes, sondern zwei Drittel als Vorschuß gezahlt werden. Begründet wird diese Maßnahme damit, daß in der ersten Monatshälfte die Ausgaben infolge der Mietezahlungen erheblich höher sind als in der zweiten. In der letzten Nummer des Reichsbesoldungsblattes wird klar ausgesprochen, daß die Regelung nur für die Beamten gilt, daß aber die Angestellten wie bisher nur die Hälfte des Gehaltes vorschußweise erhalten. Wir sind neugierig, zu erfahren, ob die Reichsregierung der Meinung ist, daß die höheren Ausgaben nur bei den Beamten, nicht aber bei den Angestellten in der ersten Monatshälfte vorliegen.

Der neue Präsident des Reichsversicherungsamtes.

Zum Präsidenten des Reichsversicherungsamtes schlägt der Reichsrat einstimmig den württembergischen Ministerialdirektor Schäffer vor.

Der Bürger.

Roman von Leonhard Frank.

2] (Nachdruck verboten.)

Und übergab das Heft am Montag dem Professor, der die Beweise für das Nichtexistieren Gottes fand und sie dem Religionslehrer schickte.

Das Ereignis wurde zu einer Professorenkonferenz und hätte nur deshalb keine schlimmen Folgen für Jürgen, weil die Tante plötzlich an der Stirnseite des Konferenztisches stand und die Lehrerrunde sprengte: „Herrn Kolbenleiher hat soeben der Schlag getroffen ... Mein Bruder war ein bedeutender Mann." Ihre Hand wandelte, wurde mitleidig geschüttelt.

„Aber mit seinem Sohne müssen die Herren viel Geduld haben ... Mit viel Geduld und Strenge geht's vielleicht."

Daran solle es nicht fehlen. Vom Rektor wurde sie hinausgeleitet. „Jürgens schwankende Seele ... Seine Unsicherheit", vernahmen die Zurückbleibenden.

„Folglich bin ich Atheist." Der Religionslehrer riß die Augen auf. „Bin ich Atheist, schreibt der Junge. Und gestern diese Geschichte mit Abraham!"

Der Geschichtsprofessor beruhigte ihn: „Das Leben wird dem Burschen diese Gedanken schon abschleifen ... Gut und schnell auffassen tut er ja."

„Bei mir nicht", sagte der Mathematikprofessor und hielt die Hand erhoben. Sie rügten noch seine außerordentliche Faulheit und schlossen die Konferenz.

Der Rektor schüttelte schweigend die Hand der Tante. Furchtsam und unbeachtet stand Jürgen daneben. Und ging dann, vor Schuldgefühl vornüberhängend, mit der aufrechten Tante nach Hause, wo Weihrauchwolken standen.

Gegen Abend zog sie den willenlos Folgenden ins Sterbezimmer, in dem der Vater, bekränzt und kerzenumstanden, schon auf der Bahre lag, schlug das Kreuz und benutzte den Endschwung gleich dazu, auf des Toten Gesicht zu deuten: „An dir hat er keine Freude gehabt. Das kannst du jetzt in deinem ganzen Leben nicht mehr gut machen ... Bete! Drei Vaterunser! Und dann lesen und ich!"

Das Gewicht des Hauses legte sich auf den gekrümmten Rücken. Die still brennenden Kerzen beleuchteten des Vaters Gesicht, das in Unzufriedenheit erstarrt war, als habe ihn auch der Tod enttäuscht.

Lange kämpfte Jürgen mit sich; endlich versuchte er, das wächsterne Gesicht im Blick, die gefalteten, toten Hände zu berühren. Und wich zurück, als er das bekannte Lächeln der Verachtung zu sehen glaubte.

Ganz langsam kniete er nieder, die befohlenen drei Vaterunser zu beten. Kein Wort fiel ihm ein. Seine flehende Hand wollte die äußerste Spitze des Leintuches berühren. Und sank kraftlos zurück.

Der Tote lag unberührbar, in ungeheurer Macht.

Da drehte sich ein Stachelrad brennend schmerzhaft in Jürgens Kopf und schleuderte die Worte ab: „Na, du schmähliches Etwas!"

„Na, du schmähliches Etwas!" wiederholte Jürgen verächtlich und wandte, irr blickend, Kopf und Schultern gedemütigt weg, weil er glaubte, nicht er, sondern der Tote habe gesagt: Na, du schmähliches Etwas!

Die Macht des Toten vor sich, die Macht der Tante hinter sich, kniete er ausgeliefert und verloren, schief und tränenlos im Zimmer.

„Jetzt bist du eine Doppelwaise", sagte die Tante, ergriff seine Hand und führte ihn hinaus.

Jürgen versuchte gar nicht mehr, Uebersicht über seine Gefühle zu gewinnen. In die Träume schickte die vergewaltigte Seele drohende Ungeheuer. Der Vater stand immer daneben.

Und wenn ihn der quälerfüllte Schlaf entließ, empfing ihn die Tante, schüttelte verächtlich den Kopf und gab ihm Briefe mit an die Professoren, in denen sie für Jürgen, der leider nicht seinem bedeutenden Vater nachgeschlagen sei, um Nachsicht bat.

In der schon gewohnheitsmäßigen Erwartung, wieder gedemütigt zu werden, drehte Jürgen Kopf und Schultern weg, als im Zimmer plötzlich Herr Philippi stand. „... Da fällt mir ein: Sie glauben vermutlich immer noch, Ihr Vater habe nicht viel von Ihnen gehalten? Selbst wenn es so wäre, dürften Sie ihm das weiter nicht nachtragen. Er war ein alter, kranker Mann, der den Glauben an das Gute eingebüßt hatte. An einer ist leicht blind und ungerecht."

Als habe der Vater gesprochen, war der Knabenkopf immer tiefer gesunken.

Der Vater ist tot ... Seine Autorität lebt, dachte Herr Philippi. Und log: „Ich habe Ihnen etwas von Ihrem Vater auszurichten. Kurz vor seinem Tode war ich bei ihm. Er saß im Sessel, Sie wissen ja, saß wie immer im Sessel und blickte zum Fenster hinaus auf einen vorüberfliegenden Vogelschwarm. Es waren Stare", dichtete Herr Philippi. „Plötzlich sagte Ihr Vater nachdenklich: „Meinem Jürgen habe ich zeitlebens furchtbar unrecht getan. Warum eigentlich? Das ist mir ein Rätsel." Er wußte es nämlich tatsächlich selbst nicht ... „Denn ich bin mir ja in Wirklichkeit ganz klar darüber, daß Jürgen ein", wie sagte er doch, „ein ausgezeichneter und sogar sehr kluger Junge ist ... Das muß man ihm bei Gelegenheit einmal sagen"."

Es gelang Herrn Philippi, wie ein Knabe zu lächeln, als er auch die Autorität der Tante zu erschlagen versuchte: „Und dieses alte Mädchen, Ihre Tante! Aus der brauchen Sie sich natürlich gar nichts zu machen. So eine vertrocknete Schachtel ist ja ganz ahnungslos! Das ist übrigens die volle Wahrheit ... Besuchen Sie mich einmal."

Diese Bürgeraristokratie sagt sich: Wir lassen unsere Kinder nicht hungern, nicht arbeiten; wir alphabetisieren ihnen mit Körperpflege, reichlichem Essen, höherem Unterricht und Geld, mit viel Geld, eine breite, glatte Straße ins Leben ... Die psychischen Ungeheuer, die sie in die Seelen stoßen, zählen nicht. Da fallen die allerhand Autoritäten über so einen Jungen her, nehmen ihm, auch wenn er beim Spiel mit Sand mehr Phantasie und Geist offenbart, als sie in ihrem ganzen Leben, seine Selbständigkeit und wundern sich dann über seine Unselbständigkeit, dachte der Alte auf der Straße, während Jürgen vor der Tante stand.

Sie blickte beim Sprechen hinaus in den Garten, steil aufgerichtet: „Ich habe alles gehört. Du hast keine Zeit, Herrn Philippi zu besuchen. Deine Schularbeiten sind wichtiger. In meinen Händen liegt deine Erziehung."

Ein Automat sagte: „So eine vertrocknete Schachtel! Du bist ja vollkommen ahnungslos ... Das ist übrigens die volle Wahrheit."

Die Tante schnellte entsetzt herum. Auch Jürgens Mund blieb in übergroßem Schrecken geöffnet. „Was hast du gesagt? Wiederhole, was du eben gesagt hast!"

(Fortsetzung folgt.)

Die Pfalzfrage im Reichstag.

In der Donnerstag-Sitzung des Reichstages ergriff bei der weiteren Aussprache über die Pfalz-Interpellationen zunächst das Wort

der Minister für die besetzten Gebiete, Dr. Hoefle:

Der Separatismus als solcher dürfte im Rheinland endgültig erledigt sein; aber es hat den Anschein, als ob die Franzosen andere Mittel suchen, um ihr Ziel zu erreichen, indem sie jetzt einen Feldzug gegen alle diejenigen eröffnen, die in der Abwehr gegen die Separatisten gestanden haben. Es hat sich ein System herausgebildet, das für die Bevölkerung unerträglich ist. Im Rheinland sind 140 000 Mann Besatzungstruppen, darunter 120 000 Farbige. Die persönliche und wirtschaftliche Freiheit wird aufs schärfste unterdrückt; die Presse wird geknebelt. Ueber 100 Redakteure sind ausgewiesen, die Militärjustiz wird in schärfster Weise gehandhabt. 140 000 Ausgewiesene dürfen noch immer nicht zurückkehren, und über 1500 Gefangene sind noch immer nicht befreit. (Pfui-Rufe.) Wir haben alles getan und werden weiterhin alles tun zugunsten der Ausgewiesenen und Gefangenen. (Lebh. Beifall.) Der Separatismus war nur möglich durch die französischen Bajonette. Trotzdem die Spekulation auf den Separatismus mißlungen ist, haben die verantwortlichen französischen Stellen nichts gelernt. Wir haben wegen der Vorgänge in der Pfalz und der Haltung des General de Metz Vorstellungen in Paris erhoben, aber die französische Regierung lehnt jegliche Diskussion ab. Die Rheinlandkommission hat die Putschversuche vorbereitet, indem sie den deutschen Behördenapparat fast völlig zerschlug und über die Hochverräter ihre schützende Hand hielt. Die deutsche Polizei wurde entwaffnet, die genügt hätte, um in einer Nacht dem ganzen Separatistenspuk ein Ende zu machen. Trotz alledem konnte die Anerkennung der Separatistenregierung nicht durchgesetzt werden; mit den Separatisten wurde aufgeräumt durch das einmütige Zusammenstehen der Deutschen in der Pfalz. Wärmsten Dank schulden wir den Fü[illegible]rn der Parteien aller Richtungen und allen Gewerkschaften u[illegible] Berufsorganisationen.

Abg. Geck-Mannheim (Soz.):

Es ist bedauerlich, daß die parteipolitische Einstellung sich auch bei dem großen nationalen Gedanken des Abwehrkampfes in der Pfalz gezeigt hat; denn leider versuchten wieder manche Kreise, ihre kleinen Vorteile einzuheimsen. Die nationalistische Kundgebung eines Teiles der Presse und offiziöse und offizielle Aeußerungen der bayrischen Regierung haben den rheinischen Separatismus wesentlich gestärkt und die Haltung der pfälzischen Sozialdemokratie verdächtigt. Erst dadurch war es möglich, daß in Paris die Behauptung Glauben finden konnte, dreiviertel der pfälzischen Bevölkerung stände auf Seiten der Separatisten. An eine Loslösung der Pfalz vom Reiche denkt keine große Partei. Eine wirksamere Unterstützung des Separatismus als die Münchener Vorgänge des 9. November kann man sich nicht denken. In jener Lage hat sich die Sozialdemokratische Partei für die Loslösung von Bayern eingesetzt, aber niemals für die vom Reich. Als französische Offiziere eine Umdeutung versuchten, hat die Partei sofort die ganze Aktion aufgegeben. Die Demonstration gegen den französischen Separatismus ist erst durch die Beteiligung der sozialdemokratischen Arbeiter eindrucksvoll geworden. Durch die nationalistische Bewegung in Bayern sind die Hoffnungen der Separatisten gestärkt worden, aber an der zuverlässigen und im besten Sinne vaterländischen Haltung der pfälzischen Sozialdemokratie kann gar kein Zweifel sein. Trotzdem wurde vom bayrischen Ministerpräsidenten v. Knilling die ungeheuerliche Verleumdung verbreitet, daß Abgeordneter Hoffmann-Kaiserslautern mit den Franzosen über eine Abtretung der Pfalz vom Reiche verhandelt habe. Hoffmann hat vollkommen klargestellt, daß seine Aktion am 24. Oktober nur den Zweck hatte, durch eine autonome Pfalz innerhalb des Reiches einen Erfolg der Separatisten unmöglich zu machen. Nach wenigen Tagen mußte im bayrischen Landtag die Verleumdung gegen Hoffmann auch zurückgenommen werden; aber das überließ Herr v. Knilling einem Staatsrat. Alle Verleumdungen und Verdächtigungen können nichts daran ändern, daß die Sozialdemokratische Partei der Pfalz seit dem Waffenstillstand im Abwehrkampf gegen die reichsfeindlichen Bestrebungen der Franzosen und der Separatisten ungeheure Leiden zu tragen gehabt hat.

Abg. Dr. **Zapf** (D. Vpt.): Möge das liberale und vernünftige Frankreich — auch ein solches gibt es noch — sich überlegen, ob es richtig war, die nationalen Leidenschaften ganz Deutschlands aufzupeitschen.

Abg. Dr **Helfferich** (Dn.): Das Schwerste steht der Pfalz und dem Deutschen Reiche noch bevor. Es ist das uralte Dogma Frankreichs, nicht nur seiner Herrscher und Generale, sondern des französischen Volkes, daß der Rhein französisch werde und daß dieses Ziel mit den Mitteln brutalster Grausamkeit erreicht werden müsse. Aus den „einigen strategischen Punkten am Rhein" des Waffenstillstandsvertrages sind vor der Ruhrbesetzung 228 alliierte Garnisonen geworden. Wo vor dem Kriege 70 000 deutsche Soldaten standen, stehen jetzt mehr als 180 000 feindliche Soldaten. Solange Deutschland sich noch seiner ausländischen Bedrücker erwehren muß, spielt für uns die Frage Monarchie oder Republik keine Rolle. Wir verteidigen unser Vaterland, wie es ist. Die Rede des Ministers befriedigt uns nicht. Die Pfälzer haben das Recht auf Notwehr gegen die Politik von Schuften.

Abg. **Gerstenberger** (Bayr. Vpt.) warnt vor einer Lösung der Pfalz von Bayern auch im Rahmen des Reiches; Bayern und die Pfalz gehörten untrennbar zusammen.

Abg. Frau **Pfülf** (Soz.): In der Welt darf nicht der Eindruck erstehen, daß die deutschen Frauen die Rede des Abgeordneten Dr. Helfferich, die von Haß gegen das französische Volk erfüllt war, ohne Widerspruch hinnehmen. Wir müssen scharf trennen zwischen der französischen Regierung und dem französischen Volk, mit dem wir in Frieden leben wollen. Wir hoffen, daß das französische Volk seine Regierung zur Ordnung ruft. Sonst könnte der Tag kommen, wo Dr. Helfferich mit seiner Hafrede mehr Verständnis im deutschen Volk findet, als zur gegenwärtigen Stunde. (Beifall bei den Soz.).

Abg. **Thomas** (Komm.): Die Separatisten sind in der Hauptsache mißleitete Proletarier, die die Befreiung vom Joch des Kapitalismus auf falschen Wegen suchen zum Vorteil der französischen Kapitalisten.

Sammelt für den Wahlkampf!

Das deutsche Parlament als Instrument des Friedens und der Freiheit

war das Thema eines Vortrages, den die Genossin Toni Pfülf anläßlich ihres letzten Aufenthaltes in Breslau auf Einladung der hiesigen Ortsgruppe der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit" hielt. Wir haben bereits kurz auf diesen gehaltvollen Vortrag hingewiesen und wollen im folgenden den Gedankengang der Rednerin ausführlich wiedergeben.

Genossin Pfülf umriß zunächst in einer knappen Skizze die neuen internationalen Spannungen, die die Friedensverträge von 1919 heraufbeschworen haben. Sie zeigte, wie Frankreich und Deutschland die beiden Hauptleidtragenden des Versailler Vertrages geworden sind, da die deutsche Zwangsabrüstung den Franzosen das Gefühl der Sicherheit infolge der Ueberspannung ihrer Ansprüche nicht gebracht und damit die Lasten dauernder Kriegsbereitschaft über ihre wirtschaftliche Kraft hinaus ihnen nicht abgenommen hat. Auch für die neuen Staaten im Osten und Südosten hätten die Friedensverträge zugleich mit der Verwirklichung ihrer nationalen und nationalistischen Ziele die Belastung mit dauernden internationalen Gegensätzen gebracht. Im Orient hätte sich die Voraussage neuer Kriege als Folge der Verträge von 1919 schon erfüllt. In Europa würden solche neuen Kriege, wenn sie ausbrächen, aber auf jeden Fall diesmal auf deutschem Boden ausgekämpft werden. Die 14 Punkte Wilsons wären eine mögliche Grundlage des Weltfriedens gewesen. Nachdem sie von der Friedenskonferenz nicht verwirklicht worden sind, hat nach dem Zerfall des historischen Gleichgewichtssystems der europäischen Mächte die internationale Ordnung keine andere Grundlage mehr als die rohe physische Gewalt. In dieser Tatsache liegt das tiefste Motiv für das Aufkommen der faschistischen Bewegung, die in allen ihren nationalistischen Formen — bayrische Hakenkreuzler, „erwachende Ungarn", tschechische Legionäre, Mussolinische Schwarzhemden usw. — eine internationale Erscheinung sei. Aus intimer Kenntnis der Hitler-Bewegung in ihrer bayrischen Heimat heraus charakterisierte die Rednerin die ganze Lächerlichkeit des Unterfangens, mit Bandenbildungen nach Münchener Muster etwas gegen den modernen französischen Militarismus auszurichten. Sie wies gleichzeitig darauf hin, daß die einzige ernste Wirkung solcher Versuche in der Anstachelung der Angst- und Gewaltpolitik der französischen Reaktionäre zu finden sei. Bezeichnenderweise stammten die verantwortungslosesten unter diesen für die Pariser Haßpolitik so wertvollen Hetzkundgebungen deutscher Nationalisten von denselben Generalen, die 1918 beim Zusammenbruch ihrer Kriegspolitik nicht einmal den Mut hatten, sich in Deutschland ihrer Verantwortung zu stellen. Die nationalistische Gefühlspolitik könne sich weder auf die Freiheitskriege noch auf Bismarck berufen, da sie im Gegensatz zum vorigen Jahrhundert heute die nationale Pflicht nicht vergessen durfte, von der Tatsache des deutschen Industriestaates auszugehen und da Bismarcks vorsichtige Bündnispolitik, wie man auch über sie denken möge, mit dieser modischen Romantik nichts zu tun habe. Nicht ohne Einfluß auf die Werbekraft des Faschismus sei die Not der deutschen Wissenschaft und die Not der deutschen Kunst. Aber dafür sei wiederum die nationalistische Absperrung (diesmal von der Gegenseite her) die tiefste Ursache, da jede derartige Absperrung eine tödliche Drohung für das internationale Geistesleben bedeute.

Das deutsche Parlament sei heute gegenüber diesen Gefahren für den Weltfrieden noch keine vollkommene Waffe, weil es noch zu viel vom Erbteil seiner Vergangenheit an sich trage. Die gedrückte Stellung des Reichstages vor 1918 habe die Parteien damals zu wesentlich negativer Politik geradezu gezwungen. Zumal in der auswärtigen Politik sei dem Reichstag — übrigens auch dem Bundesrat — jede positive Mitwirkung damals versagt geblieben, während andererseits unverantwortliche öffentliche Reden und Kundgebungen die Regierungszeit Wilhelms II. ja ganz besonders auszeichneten. Das deutsche Bürgertum hat die mitverantwortliche Beteiligung an der Politik nie kraftvoll erstrebt, es hat die politischen Geschäfte Fachbeamten überlassen. Gerade die eigentlichen Beamtentugenden aber, unbedingte Unterordnung, Verzicht auf nicht angeordnete Initiative seien aber für den Politiker immer verhängnisvoll und das deutsche Volk habe die Wirkungen im Wettbewerb mit den Ländern älterer und freierer parlamentarischer Regierungsformen nur zu deutlich zu spüren bekommen. Es sei nur natürlich, daß auch das heutige Parlament das böse Erbe der Bismarckzeit auf Grund seiner verfassungsmäßigen Stellung nicht mit einem Schlage überwinden konnte. Noch lasse sich zum Beispiel der Auswärtige Ausschuß oft viel zu sehr aus den tatsächlichen Entscheidungen der Außenpolitik ausschalten, indem er den Termin seiner Einberufung vom Auswärtigen Amt entscheiden lasse. Der ungeheure Fortschritt, der darin liegt, daß verfassungsmäßig jetzt das Parlament über Krieg und Frieden zu entscheiden habe, sei durch den Verfassungsparagraphen allein nicht gewährleistet, wenn nicht ein vertieftes Interesse des ganzen Volkes eine kritische Einstellung schon zu allen vorherigen Schritten der Außenpolitik gewährleiste, von denen dann unter Umständen jener letzte Schritt zwangsläufig abhänge. Auch die Besetzung der leitenden deutschen Diplomatenposten gehöre zu diesen wichtigen Schritten. Die Haltung des deutschen Botschafters in Washington beim Tode Wilsons, die eine Brüskierung des amerikanischen Volkes aus Angst vor deutschen Nationalisten gewesen sei, beweise das deutlich.

Die Freiheit im Innern eines Volkes ist die beste Sicherung seines Friedenswillens und seiner Kraft zur Erhaltung des Friedens. Die Rednerin ging hier auf die verhängnisvolle Wirkung der Uebermacht des Militärs im Innern während des Ausnahmezustandes ein und machte sehr bestimmte Angaben über die Zusammenhänge zwischen Reichswehr und Hitlerbewegung in Bayern, deren genaue Wiedergabe wir uns im Hinblick auf den bis 1. März noch geltenden Rechtszustand versagen müssen. Im Interesse des Militärs liege die Uebernahme solcher Funktionen nicht, da es dadurch auf die Dauer in schärfsten Gegensatz zu großen Teilen des eigenen Volkes kommen müsse, wodurch ihm die Erfüllung seiner eigentlichen Aufgaben nicht erleichtert werde. Die letzten Landtagswahlen in verschiedenen Teilen Deutschlands seien kein wirkliches Bild des Volkswillens, sondern, wie das erdrückende Beschwerdematerial im Rechtsausschuß des Reichstages zeige, weitgehend durch die Wirkungen des Militärterrors verfälscht. Wie notwendig die Ausschaltung des Militärs aus der Politik für den Weltfrieden sei, habe schon Bismarck in seinen schweren Kämpfen gegen die Generalstäbler erfahren. Ihm sei diese Ausschaltung noch gelungen, während sein schwächerer Nachfolger Beidmann den Kampf gegen die Generale schließlich aufgab. Die lange Dauer des Ausnahmezustandes habe die eine gute Wirkung gehabt, weit über die Sozialdemokratie hinaus die Erkenntnis von der schädlichen Wirkung militärischen Einflusses auf die Politik zu erneuern.

Nicht nur die Parteienverteilung im neuen Reichstage, sondern auch die Auswahl der Kandidaten innerhalb der einzelnen Parteien sei von großer Bedeutung für die Friedenssicherung durch das Parlament. Darauf sollen die deutschen Frauen ihren Einfluß nehmen, denen gerade in der Friedensfrage eine besonders Aufgabe entstehe. Sei doch nur eine Minderheit deutscher Frauen gewissenlos genug, die Männer wieder in ein jetzt völlig aussichtsloses gewordenes verhängnisvoll falsches „Heldentum" hinaustreiben zu wollen, während die Masse der arbeitenden und denkenden Frauen friedlich gesinnt sei. Wirksame Erziehungsarbeit für den Frieden sei den Frauen dadurch möglich, daß sie zunächst aus den inneren Kämpfen die Mittel der Gewalt auszuschalten mithelfen. Für den Klassenkampf seien Handgranaten und Maschinengewehre weder nötig noch nützlich. Er könne nur als Kampf der Gedanken und der Wirtschaftsleistung gewonnen werden.

Hebammenfrage und Personalabbau im Preußischen Landtag.

Der Landtag befaßte sich am Donnerstag zunächst mit einer Notverordnung, durch die die im Hebammengesetz vorgesehene Errichtung von Hebammenstellen ausgesetzt werden soll. Frau **Ege** (Soz.) lehnte die Verordnung ab; die Einrichtung von Hebammenstellen sei eine Vorbedingung für die Durchführung des Gesetzes. Frau **Wegl** (Soz.) verlangt, daß die Gemeinden und Kreise die erforderlichen Mittel für die Durchführung des Hebammengesetzes aufbringen müßten. Die Verordnung wurde schließlich gegen die Rechtsparteien abgelehnt.

Dann kam die **preußische Personalabbauverordnung** zur Beratung, zu der zahlreiche Anträge vorliegen.

Abg. **Hirsch** (Soz.) forderte im Namen seiner Partei Aufbesserung der Beamtengehälter. Der Beamtenabbau erfolge vielfach aus politischen Gründen. Der Rechten werde es nicht gelingen, mit dem Beamtenabbau Wahlpropaganda zu treiben, denn die Beamtenschaft wisse genau und vergesse es nicht, wie die Rechte, als sie an der Macht war, alle Rechte der Beamten mit Füßen getreten habe.

Nach Ausführungen des Abg. Heß (Ztr.), der sich gegen einen Abbau der katholischen Beamten wendet, des Abg. **Ebersbach** (Dtnat.), der den Abbau aller Juden verlangt und jede Verantwortung für die Abbaumaßnahmen für die Deutschnationalen ablehnt, und des Abg. **Meyer** (D. Vpt.) vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag.

Aus Schlesien.

Die Severing-Hetze lebt wieder auf.

Wie die „Waldenburger Zeitung" meldet, hat der bekannte deutschvölkische Universitätsprofessor Freytagh-Loringhoven in einer deutschnationalen Versammlung in Waldenburg behauptet, der preußische Innenminister Severing habe den Widerstand an der Ruhr sabotiert, er sei schuld am Tode Schlageters, dessen Blut über ihn kommen möge. Damit wärmt diese Leuchte der Breslauer Universität und der „Deutschen Zeitung" die Lügen der „Bergisch-Märkischen Zeitung" wieder auf, die seinerzeit von der dritten Strafkammer des Elberfelder Landgerichts ausdrücklich als solche gekennzeichnet wurden, wenn auch der verantwortliche Redakteur auf Grund des § 193 (berechtigtes Interesse der Presse) ohne Strafe davonkam. Es ist eine erstaunliche Frechheit, daß ein Beamter es wagt, diese Lügen gegen einen Minister selbst dann noch zu verbreiten, wenn sie gerichtlich aufs schärfste zurückgewiesen worden sind. Aber der Freytagh ist als deutschvölkischer Gelehrter und Hetzer ja weder mit jenem Gastwirt noch mit jenem Bergarbeiter auf eine Stufe zu stellen, die kürzlich wegen ähnlicher Dinge von einem Bochumer Gericht verurteilt wurden.

Liegnitz. Aeußerlich glänzend, im Innern faul. Ein bekannter Ofensetzmeister von der Goldberger Straße fährt jetzt täglich mit der Stahlhelmküche, die man auch Wahlküche nennen kann, auf den Straßen von Liegnitz, um die Bedürftigen zu speisen. Seine Frau mußte jedoch schon wiederholt und auch jetzt wieder gegen ihn klagbar werden wegen Unterhaltungspflichten. So sehen diese Leutchen aus.

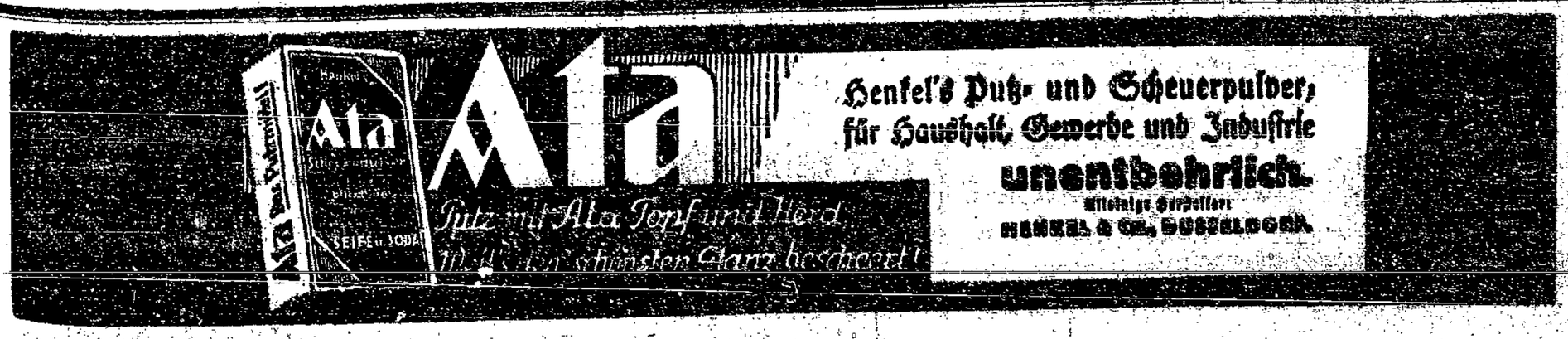
Guhrau. Ehedrama. In Laaken unterhielt die annähernd 40jährige Frau des Stellenbesitzers M. seit längerer Zeit ein Verhältnis mit einem etwa 20 Jahre alten Arbeiter vom Dominium. Als M. die beiden jüngst überraschte, gab sein Nebenbuhler mehrere Schüsse auf ihn ab, die ihn schwer verwundeten. M. feuerte daraufhin auch mehrere Schüsse auf seinen Gegner ab, die dessen sofortigen Tod herbeiführten.

Oberglogau. Seltene Beispiele politischer Einsichtslosigkeit bieten mehrere hiesige katholische Volksschullehrer, die sich darin gefallen, eine arbeiterfeindliche Haltung an den Tag zu legen. Einen Begriff von dem geistigen Niveau eines solchen Lehrers kann man sich machen, wenn einer dieser Lehrer öffentlich erklärt: „Wir werden mit den Arbeitern schon fertig werden." Und dazu ist dieser „Jugenderzieher" auch noch Vorsitzender einer Kriegsopferorganisation. Die Kriegsopfer, die von diesem erleuchteten Geiste vertreten werden, können einem leid tun! Verlangen aber müssen wir, daß der Jugend während des Unterrichts von diesem Lehrer etwas weniger von den „faulen Erwerbslosen" erzählt wird. Vielleicht ist der Brave bereit, mit einem Erwerbslosen zu tauschen? Im übrigen sollten die Aufsichtsbehörden dieser Art Jugenderziehung ihre Aufmerksamkeit zuwenden, es könnte sonst passieren, daß eines Tages sämtliche Arbeiterkinder dem Unterricht solcher verfassungsfeindlicher Lehrpersonen fernbleiben. Auch ein Beispiel christlicher Nächstenliebe, diese Propaganda in den Schulen.

Stadt-Theater.

„Lohengrin".

In der Aufführung des „Lohengrin" am Mittwoch gastierte Fräulein Angelika Kronsbein aus Berlin auf Engagement für das erste Altfach als Ortrud. Ihr Organ ist ein hoher Mezzosopran; ob es für wirkliche Altpartien verwendbar sein wird, ist nach dieser Rolle nicht ohne weiteres festzustellen. Es klingt in der Mittellage etwas gaumig, sonst ist es im allgemeinen gut entwickelt, doch ziemlich reizlos. Die Spielbegabung von Fräulein Kronsbein ist recht gering. Gesten und Gesichtsausdruck gehen kaum jemals über primitive Ansätze hinaus. Demgemäß ist jedenfalls nach dieser Probeleistung ihre Verpflichtung als erste Altistin nicht unbedingt zu empfehlen.



Lichtspiel Haus
Junkernstraße 38

Täglich 4½ Uhr. Sonntags 3 Uhr.

Erstaufführung!

Erna Morena
Bruno Decarli

Der Sträfling

Nach dem Roman von Paul Reno: 1949
„Ein neues Leben."

Ferner:

Sicci und die Gleichgesinnten.

Eine halbe Stunde voll tollsten Humors.

REEMTSMA A.-G.
ALTONA-BAHRENFELD

Die neue Reemtsma-Cigarette

Die trüben Wirtschaftsverhältnisse der augenblicklichen Zeit haben manchen Qualitätsraucher gezwungen, von hochqualifizierten, aber teuren Cigaretten abzugehen.

Wir haben versucht, dem Raucher in diesem Widerstreit zwischen Geldbeutel und Qualitätsbedürfnis zu Hilfe zu kommen und eine Cigarette konstruiert, die in ihrer Güte den weitaus meisten Geschmacksanforderungen volle Befriedigung bieten wird, und deren Preis trotzdem durch großen Umsatz und modernste Fabrikationstechnik sehr niedrig gehalten ist und daher den gewohnten starken Gebrauch gestattet. Das glänzende Ergebnis des Versuches ist die neue Marke

REEMTSMA
STANDARD
CIGARETTE

die jetzt im Handel erscheint, und auf die wir hierdurch aufmerksam machen wollen.

REEMTSMA
AKTIENGESELLSCHAFT

Original-Aufnahmen aus einem wirklichen Bergwerk, in deren Mittelpunkt eine furchtb. Grubenkatastrophe steht.

Den Gegensatz dazu bildet der raffinierte Luxus und das wollüstige Genießen der modernen Großstadt.

Irrlichter der Tiefe

Ein Bergwerksdrama von unerhörter Spannung.

nur im
MATHIAS-KINO
MK
Matthiasstraße 38
Moltkestraße 9
von Freitag bis Montag.

Alle Oberschlesier müssen diesen Film sehen Niemand versäume dieses Programm.

Im Beiprogramm ein zweiter großer Schlager.

566

„Lachen links!"
Das Witzblatt der Republik
Heft 25 Pfennige.
Zu beziehen durch die Buchhandlung Volkswacht und die Zeitungsträgerinnen.

Fugenlose goldene Trauringe
Große Auswahl. Billige Preise.
Paul Alter
Kupferschmiedestr. 17.
Bitte genau auf Hausnr. achten.

Proletarier!
Beseitigt die Hindernisse der Sprachschranken! Lernt die Weltsprache **Esperanto**, die von Arbeitern aller Nationen gesprochen und verwendet wird.

Buchhandlung Volkswacht Breslau 3
Modernes Antiquariat Neue Graupenstraße 5

Ah Lichtspiele
Schweidnitzerstr. 37

Aus unserer Breslauer Sitten-Serie!

Uraufführung!

Ein üppiges Bild mondäner Liebelei

Die Frauen des Harry Bricourt

Das Tagesgespräch aller Weltstädte!

Nächte der Liebe im **Moulin Rouge** (Rote Mühle)

Die 5 Frauen eines modernen Blaubarts!

Ein überraschtes Rendezvous im Moulin-Rouge	12 Akte	Tolle Stunden, in denen der Sekt regiert
Bajaderen-Tänze des Indra-Balletts		Treue erkämpft durch Frauenlist

Ferner der Schlager der diesjährigen Ufa-Filme:

Taifun

Fesselnde Sensation und blendende Darstellung in herrlichen Original-Aufnahmen interessanter Weltteile.

Theater des Nordens
Fürstenstraße 32

Jupiter Lichtspiele
Westendstr. 50/52.

OK
Oderstraße 20
Taschenstr. 20

1958

Die Schlager unserer Zeit:

Fern Andra in **Der rote Reiter**
Ein Film-Roman in einem Vorspiel und 6 Akten.
Im Beiprogramm:
Schwiegermutter Bob
Originelles Lustspiel in 2 Akten.

Das **goldene Wien** wie es **lacht, lebt, liebt u. weint** in **Rummelplatz des Lebens**
des **großen Erfolges** wegen **bis einschließlich 25. Februar cr. verlängert.**

Lya Mara in **Das Mädel aus der Hölle**
Ein glänzendes Lustspiel in 5 Akten.
Ferner:
Kauft Mariett-Aktien!
Moderner Abenteuerfilm in 5 Akten.

Für die Redaktion verantwortlich: [illegible], für die Anzeigen: [illegible]. — Redaktion: [illegible]. — Druckerei: [illegible]. — Druck und Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in Breslau

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 22. Februar.

Vereinigte Sozialdemokratische Partei.

Parteifunktionäre!

Heute abend 7½ Uhr in allen Stadtteilen

Funktionär-Versammlungen.

Die folgenden Abteilungen haben ihre Versammlungen nicht in den gestern angegebenen Lokalen, sondern in nachstehenden:

Südwest: bei Klante, Hochstraße 7.
Ohlauer Tor: bei Zenke, Ofenerstraße 1.
Innere Stadt: bei Hoffmann, Ganzhausgasse 4.

Alle Funktionäre müssen erscheinen.

* * *

Frauen-Versammlungen.

Überall mit einem wichtigen Vortrag. finden Montag, den 25. Februar, abends, in allen Stadtteilen statt. -- Rege Propaganda für diese Versammlungen ist dringend notwendig. — Versammlungslokale und Redner werden morgen bekanntgegeben.

Achtung, Arbeiterjugend! Morgen um ½8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Zimmer 9, Funktionärsitzung. Besprechung über den vorigen Vortrag. Die Anmeldungen zum Funktionärkursus sind m[illegible]zubringen.

Für die Wahlzeit!

Das Jahr 1924 ist ein Wahljahr. Bis zum 4. Mai sollen die Gemeindewahlen stattfinden, und am 15. Juni die Reichstagswahlen, wenn nicht unvorhergesehene Zufälle einen früheren Termin notwendig machen.

Daß in einer solchen Zeit die Presse eine ganz besondere Bedeutung gewinnen muß, liegt klar auf der Hand. Eine gut unterrichtete Tageszeitung ist für jeden denkenden Menschen eine absolute Notwendigkeit. Die bürgerliche Presse vertritt die Interessen der Schwerindustrie und Großagrarier; sie besorgt die Geschäfte der Feinde der Republik. Für sie sind die Hitler, Ludendorff usw. Nationalhelden, alle Juden ohne Ausnahme Verbrecher. Für all das Elend, das als Folge der wahnsinnigen Kriegspolitik jener Kreise angesprochen werden muß, die die bürgerliche Presse vertritt, wird mit widerlicher Demagogie die Sozialdemokratie verantwortlich gemacht. Die Monarchie ist das Endziel der Bestrebungen jener Kreise, die schuld an dem Zusammenbruch Deutschlands sind. Wehe den Arbeitern, Angestellten und Beamten, wenn jene Sippe jemals wieder die Macht in die Hand bekäme! Ungarn und Bayern sind warnende Beispiele, aus denen die Arbeiterschaft lernen sollte. Die reaktionäre Gesellschaft hat den großen Wert der Presse viel besser begriffen als die Arbeiter. Mit allen Mitteln lockt die kapitalistische Presse die Indifferenten an sich; wenn sie auch namentlich in letzter Zeit wenig Erfolg mit diesen Mätzchen hatte, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß es leider noch eine ganze Anzahl Hand- und Kopfarbeiter sowie Beamte gibt, die diesen Blättern ihr sauer verdientes Geld zufließen lassen. Zum Dank für diese Unterstützung überschütten die Blätter vom Schlage der „Neuesten Nachrichten" täglich die werktätige Bevölkerung mit wahren Schmutzkübeln, treten ihre Interessen in den Dreck und kehren den nackten Unternehmerstandpunkt heraus. Und die Abonnenten lassen sich das gefallen!

Hat man jemals ein solches Schauspiel erlebt? Müßte sich nicht jeder Arbeiter schämen, in dessen Haushalt noch heute derartige Blätter zu finden sind? Schon lange machen die Kapitalistenblätter Wahlagitation, hetzen gegen die Aufhebung des Ausnahmezustandes und für Abschaffung des Achtstundentages! Arbeiter! Laßt Euch das nicht länger gefallen. Lest die Presse, die für Eure Interessen eintritt, lest

die „Volkswacht!"

In immer mehr Familien hat die „Volkswacht" in letzter Zeit Eingang gefunden, Tausende stehen noch abseits. Sie zu gewinnen und aufzuklären, ist die Pflicht eines jeden Genossen. Einen neuen Abonnenten muß jeder gewinnen, nur einen, dann ist die Macht der bürgerlichen Preßmeute gebrochen, dann hat die Arbeiterpresse die Bedeutung, die ihr zukommt, dann wird das Wahljahr 1924 die Arbeiterschaft gerüstet finden gegen alle Angriffe der Reaktion. Die Arbeiterpresse ist die beste Waffe im Wahlkampf, darum lese und agitiere man für die

„Volkswacht!"

Die Totenlisten der Bestraften.

Nachdem das Reichsgesetz vom 3. April 1920 über beschränkte Auskunft aus dem Strafregister und die Tilgung von Strafvermerken angeordnet hat, daß die Vermerke im Strafregister nach Ablauf bestimmter Fristen ohne weiteres zu tilgen sind, bedarf es keiner besonderen Maßnahmen mehr, um die Todesfälle dem Strafregisterführer bekannt zu geben, damit er die erledigten Vermerke entferne. In einer Verfügung des Ministers des Innern werden deshalb, dem Amtlichen Preußischen Pressedienst zufolge, die entsprechenden Erlasse aufgehoben. Schon im laufenden Jahre ist es nicht mehr erforderlich, daß die Standesbeamten die zum 15. Februar jeden Jahres fälligen, tatsächlich aber vielfach für kürzere Zeitabschnitte aufgestellten Listen der verstorbenen strafmündigen Personen den Ortspolizeibehörden zugehen lassen. Auch brauchen die Ortspolizeibehörden ebensowenig wie die Gefangenenanstalten und die Besserungshäuser die bisher zum März jeden Jahres vorgeschriebenen Listen der Bestraften an die Staatsanwaltschaften einzureichen.

Hilfe von den Künstlern.

Die von der „Hilfe von den Künstlern" am 21. Februar eröffnete Ausstellung, Christophoriplatz, ist täglich von 11 bis 2 und 4 bis 7 Uhr zu besichtigen. Um allen Werktätigen den Besuch zu ermöglichen, ist das Eintrittsgeld auf 0,20 Mark festgesetzt worden. Durch bereitwilliges Entgegenkommen hiesiger Schauspieler, Rezitatoren und Instrumental-Künstler wird es dem Arbeitsausschuß möglich sein, von Sonntag, den 24. Februar, täglich von 5 bis 7 Uhr künstlerische Meetings zu veranstalten, ohne von den Besuchern ein besonderes Eintrittsgeld erheben zu müssen. Am Sonntag, den 24. Februar, liest Arthur Wiesner, Mitglied der Vereinigten Theater, Erzählungen von Andrejew, Andersen-Nexö und Maxim Gorki. Das Programm der nächsten Veranstaltungen wird noch bekanntgegeben. Im Rahmen der Veranstaltung der „Hilfe von den Künstlern" spricht Anfang März Dr. Adolf Behne-Berlin über: „Alte und neue Kulturarbeit in Rußland" und „Moderne europäische Baukunst. Beide Vorträge werden durch Lichtbildervorführungen ergänzt werden. Genaue Termine werden noch bekanntgegeben.

5. Kammermusikabend.

Am Mittwoch wartete das Hennig-Quartett den Besuchern unserer [illegible] im [illegible] mit drei Werken von Johannes Brahms auf. Das musikalische Zentrum dieses Meisters ist stärker im Hirn als im Herzen gelagert. Ein köstlicher Einfall jagt den anderen, und bei keinem hält er sich lange auf. Ihm widerstrebt eine längere Melodieführung, und in der Instrumentierung ist er Demokrat. Abwechselnd weist er jedem der Instrumente die Führung zu, um sie dann gelegentlich zu einem kurzen, festlichen Zusammenwirken zu vereinigen. Ist diese Musik auch schwer definierbar, so ist sie doch fortreißend, und schon nach dem ersten Stück, der Sonate für Klavier und Violine, op. 100 A-dur, gegeben von den Herren Hennig (Violine) und Kopmann (Flügel), wollte der Beifall kein Ende nehmen. Es folgte das Trio für Klavier, Violine und Violoncello (Herr Binnowski), op. 8 H-dur, ein forsches und geistvolles Jugendwerk, bei dem das Adagio durch besondere Klangschönheit erfreut. Das Streichquartett op. 51, Nr. 1 C-moll beschloß den schönen Abend.

D.

Parteigenossinnen! Parteigenossen!

Sonntag vormittag von 10 bis 1 Uhr:

Wahl der Delegierten zum Parteitag.

Zu wählen sind drei Delegierte.

Die Wahllokale werden in der morgigen Nummer bekanntgegeben. Alle Genossinnen und Genossen sollen sich an der Wahl beteiligen.

Die Hoffnung der Reaktion.

Theodor, der Hausdichter der „Schlesischen Zeitung", verhöhnt die Arbeiterschaft in folgenden Versen, die wir allen unseren Genossen zur Beachtung empfehlen. Denn auch wir stehen vor Wahlen und die Arbeiterschaft muß sich die Gelüste der Reaktion ständig vor Augen halten. Theodor dichtet also:

Morgenluft.

In Thüringen, dem Land der Klöße,
Gab sich der Rote eine Blöße,
Auch Lübeck, Stadt des Marzipans,
Ward Dämpfer seines Größenwahns.

Desgleichen bei den Obotriten
Gebar für ihn die Urne Nieten,
Kurzum, der Schluß des Wahlgefechts,
Zeigt überall den Ruck nach rechts.

Im Angesicht von solchen Mucken
Tat froh man in die Hände spucken,
Beachtet sie als Vorsignal
Für eine gute Reichstagswahl.

Dann kommt ein Enderfolg, ein voller,
Denn schließlich legt sich jeder Koller.
Wenn es auch jetzt noch vielfach mufft,
Der Bürger wittert Morgenluft.

Ein alter Parteigenosse gibt Theodor darauf folgende Antwort:

Mein lieber Theo, sei nicht böse
Du witterst Morgenluft, nanu,
Weil Thüringen sich gab 'ne Blöße
Und Lübeck auch vielleicht dazu.

In allen diesen Ruhmestaten
Siehst du den Ruck nach rechts, wie klein,
Wie kann man nur so falsch beraten,
Halb Wasser- und halb Kindskopf sein.

Wo rohe Kräfte sinnlos walten,
Mein lieber Theo, wie bei dir,
Da kann sich nicht Vernunft entfalten,
Trink nächstens nicht so kaltes Bier.

Ueberlaß' uns nur allein die Sorgen,
Geh' stempeln, wenn's bei dir nicht reicht,
Noch ist nicht aller Tage Morgen,
Wir kämpfen, bis das Ziel erreicht.

---

* **Verloren gegangene Ausweiskarte.** Stadtverordneter Grunwald hat die ihm am 23. September 1920 ausgefertigte Ausweiskarte, gültig zum Besuche städtischer Anstalten, Werke und Bauten, verloren. Diese Karte wird hiermit für ungültig erklärt. Herr Grunwald hat eine neue Ausweiskarte erhalten.

* **Amtlicher Wetterbericht.** Die gesamte Lage zeigt wenig Aenderung. Die kalte kontinentale Luft beherrscht bei uns weiterhin die Witterung. Die ozeanischen Strömungen berühren unseren Bezirk nicht. Leichte Bewölkung und Nebelbildung sind die Merkmale für das Vorbeiziehen einer Störung. Freitag: Wenig Aenderung. Vorübergehend Nebelbewölkung, tagsüber etwas milder, nachts immer noch strenger Ausstrahlungsfrost.

* **Stehr-Feier des „Osten".** Die Karten zum Festmahl, das Sonntag, den 24. d. M., mittags 2 Uhr, die Literarische Gesellschaft „Der Osten" (Breslauer Dichterschule) in den Räumen der Zepter-Loge, Antonienstraße 10, dem anwesenden Dichter zu Ehren gibt, müssen wegen Feststellung der Teilnehmerzahl bis spätestens Sonnabend mittag bei Julius Hainauer entnommen sein. Alle Freunde des Dichters und seiner Kunst sind willkommen.

* **Ein Volkshochschul-Konzert** findet am Sonntag, den 24. Februar, nachmittags 5 Uhr, in der Aula des Matthias-Gymnasiums, Schuhbrücke 37, statt. Ausführende sind Hermann Zanke (Flöte), Dr. Johannes Hübner (Violine) und Karl Sczuka (Klavier). Die Vortragsfolge enthält unter anderem Werke von Mozart, Bach, Brahms und Reger. Programme, die zum Eintritt berechtigen, sind zum Preise von 50 Pfg. von 4¼ Uhr ab an der Kasse zu haben.

* **Die große Wohnungsnot** veranlaßt das Publikum immer wieder, sich schriftlich oder persönlich an die leitenden Beamten des Wohnungsamtes oder an den Oberbürgermeister zu wenden, um eine Wohnung zu erhalten. Der Magistrat weist darauf hin, daß ein derartiges Verfahren zwecklos ist, da die Vergebung der Wohnungen Sache des Wohnungskommissars und der ihm zur Seite stehenden Wohnungsvergebungskommission ist. Außerdem entstehen hierdurch nur Verzögerungen und unnötige Kosten.

* **Die Gebühr für das Ausrücken der Feuerwehr bei böswilligem Alarm** wird auf 10,50 Mark für ein Fahrzeug mit Besatzung und die Entschädigung für eine unbefugt zertrümmerte [illegible]

* **Wohltätigkeitsveranstaltung auf dem Eise.** Zur Linderung der ständig wachsenden Ernährungsschwierigkeiten und der sonstigen Notstände weitester Volksschichten, die in unserer Heimatsprovinz in den Händen des Provinzialausschusses Niederschlesien der Deutschen Nothilfe unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten Zimmer liegt, veranstaltet der Breslauer Eislaufverein, falls die Witterung günstig bleibt, nächsten Sonntag, den 24. Februar, nachmittags von 3¼ bis 5¼ Uhr, auf seiner [illegible] ein Schaulaufen verbunden mit einem Wettlaufen für Schnelläufer, das für Mitglieder von Vereinen offen ist, die dem Breslauer [illegible]verband für Leibesübungen angehören. Die Ufer des Stadtgrabens werden für das zahlende Publikum durch ein starkes Aufgebot von Polizeimannschaften abgesperrt, die Eisbahn selbst wird auch Nichtmitgliedern des Vereins mit oder ohne Schlittschuhe zugänglich sein.

* **Verein der Freidenker für Feuerbestattung.** Die Unterzahlstelle für das Odertor befindet sich von jetzt an nicht mehr beim Genossen Neugebauer, Ottostraße, sondern beim Genossen Paul Wunderlich, Blücherstraße 8. Der Genosse hat ein offenes Geschäft und bittet, alle Zahlungen bis 7 Uhr nachmittags zu leisten. Sonntags geschlossen.

* **Der Vaterländische Frauenverein** hat in den Räumen der Mittelstandsküche, Hirschstraße 28, Erholungsstunden für Damen eingerichtet, die von Sonntag, den 25. d. Mts., an in den Abendstunden von 7 bis 9½ Uhr Frauen des Mittelstandes die Gelegenheit zu gediegener Unterhaltung bieten werden. Anmeldungen nimmt Frau Wolf ebendort entgegen. Die Mittelstandsküche Hirschstraße 28 ist keine neue Einrichtung, wird aber weiter fortgeführt.

* **Viktoria-Theater.** Heute und täglich, abends 8 Uhr, der Operettenschwank „Knorke aus Amerika" mit Jean Blatzheim in der Titelrolle. Sonntag, nachmittags 4 Uhr, Familienvorstellung bei halben Preisen: „Neros Heiratsbüro" mit Blatzheim.

* **Der Eskimofilm.** Es ist gelungen, das Filmwerk „Nanuk, der Eskimo", noch an vier Tagen in Breslau zur Vorführung zu bringen und zwar an den Tagen Dienstag, den 26., Mittwoch, den 27., Donnerstag, den 28. und Freitag, den 29. Februar, nachmittags 6 und 8 Uhr. Der erläuternde Vortrag zu dem Werk wird von Prof. Dr. O. E. Meyer gehalten, die musikalische Umrahmung leitet Franz Bollan. Der außergewöhnlich starken Nachfrage wegen wird empfohlen, Karten rechtzeitig im Vorverkauf bei Hoppe, Zwingerplatz 8, zu besorgen.

* **Festnahme zweier Schwindlerinnen.** Zu diesem Polizeibericht in der Nr. vom 16. Februar, bittet uns Herr Hermann Grahn aus Schmiegerode bei Trachenberg, mitzuteilen, daß er mit den beiden Schwindlerinnen Grahn nichts gemein habe.

* **Ein feiner Privatdetektiv.** Festgenommen wurde der Privatdetektiv Hermann Barthel, geb. am 28. August 1891 zu Stuja, der Neuschestraße 46 wohnte. Er sprach bei dem Inhaber einer hiesigen Firma vor und machte ihn darauf aufmerksam, daß er von seinem Personal bestohlen würde. Er erbot sich, ihm Beweise für die Diebstähle zu bringen, und behauptete, daß er einen Hehler namhaft machen könne, der ein Paar gestohlene Schuhe bekommen hätte. Es hat sich herausgestellt, daß die Angaben des Barthel nicht der Wahrheit entsprachen und er es nur darauf abgesehen hatte, Geld zu erschwindeln. Er hat sich auch an einen Angestellten der Firma gewandt und von ihm 100 Goldmark verlangt, indem er ihm andeutete, daß er wisse, daß er sich etwas zu schulden habe kommen lassen. Er erklärte ihm weiter, daß er ihn keinesfalls ins Unglück stürzen wolle, sondern die Sache ins richtige Gleis bringen werde. Barthel hatte nicht die geringsten Beweise für eine Schuld des Angestellten in Händen. Er hatte es lediglich auf eine Erpressung abgesehen, wandte sich auf gut Glück an den betreffenden Angestellten und versuchte ihn einzuschüchtern.

* **Eine jugendliche Schwindlerin — ein Mädchen von etwa 16 bis 17 Jahren** — hat in der letzten Zeit verschiedene Häuser in der Scheitniger Gegend und in der Umgebung des Ritterplatzes aufgesucht, um unter falschen Vorspiegelungen Schulbücher zu verkaufen. Sie gibt an, daß die Auflagen der Bücher vergriffen seien und fordert für sie unverhältnismäßig hohe Preise. In einem Falle hat festgestellt werden können, daß die Bücher aus dem Amtszimmer einer Privatschule entwendet waren; ob sie die übrigen her hat, steht nicht fest, doch liegt auch da der Verdacht des Diebstahls vor. Da die Angaben des Mädchens auf Unwahrheit beruhen und da es sich überhaupt um einen Schwindel handelt, wird vor dem Ankauf der Bücher gewarnt.

Gerichtliches.

Ein Landesverräter.

Am Mittwoch trat unter Vorsitz des Senatspräsidenten Geheimer Justizrat Kowalek zum ersten Male der Strafsenat des Oberlandesgerichts im Saal 65 des Landgerichts zusammen, um über eine Straftat zu verhandeln, die sonst nur dem Reichsgericht in Leipzig zur Aburteilung zustand. Auf Grund der Verordnung vom 17. Dezember 1923, betreffend die beschleunigte Aburteilung von Strafsachen, kann das Reichsgericht nunmehr erstinstanzliche Sachen den zuständigen Oberlandesgerichten zuteilen. Angeklagt war der 25 Jahre alte Elektromonteur Alfred Golombeck aus Beuthen OS. wegen Landesverrat. Die Anklage vertrat Ober-Staatsanwaltschaftsrat Rogivue; die Verteidigung des Angeklagten hatte Geheimer Justizrat Heilberg. Vor Eintritt in die Verhandlung wird die Oeffentlichkeit wegen Gefährdung des Staates ausgeschlossen. Das öffentlich verkündete Urteil lautete wegen versuchten Landesverrats auf ein Jahr sechs Monate Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust; sechs Monate wurden dem Angeklagten auf die Untersuchungshaft angerechnet. Golombek hatte schon während der Abstimmung und der Besetzung Oberschlesiens viel mit französischen Offizieren verkehrt. Er war der französischen Sprache mächtig, da er während des Krieges in französischer Gefangenschaft war. Später hat er in Gemeinschaft mit einem anderen einen Brief an den französischen General Weygand geschrieben, in dem er sich zum militärischen Nachrichtendienst erboten hatte. In der Verhandlung konnte aber nicht festgestellt werden, ob dieser Brief in die Hände des feindlichen Oberbefehlshabers gelangt war. Der Strafsenat konnte dem Angeklagten aber trotzdem keine mildernden Umstände zubilligen, weil es sich um eine schwere und ehrlose Tat handele. Auch habe Golombeck gewußt, daß er die Lage des Deutschen Reiches verschlechtern würde, wenn er der feindlichen Macht wichtige Nachrichten zukommen lasse. Der Staatsanwalt hatte drei Jahre Zuchthaus beantragt.

Der Dollarliebhaber.

Bei dem Postamt II verschwanden im vorigen Jahre eine große Anzahl Auslandsbriefe. Man hatte wohl den Postaushelfer Bartsch, der mit Briefesortieren beschäftigt wurde, in Verdacht, doch war er nicht zu überführen. Da wurde er am 20. Dezember dabei erwischt, wie er einen Brief in seiner Tasche verschwinden ließ. Es war ein Brief aus Amerika, in dem sich einige Dollarnoten befanden. Bartsch gab nun zu, sich in zehn Fällen Briefe aus Amerika angeeignet zu haben. In Wirklichkeit sind wohl alle die vielen Unterschlagungen auf sein Konto zu setzen. Jetzt stand er vor dem Einzelrichter, um sich wegen Vergehen im Amte zu verantworten. Erschwerend kam in Betracht, daß er die Briefe nicht aus Not unterschlagen hatte, sondern das so erworbene Geld in Gesellschaft von Dirnen verbrachte. Das Urteil lautete deshalb auf fünf Monate Gefängnis und Absprechung der Befähigung zur Bekleidung eines öffentlichen Amtes auf die Dauer von fünf Jahren.

Das Buch!

Volkswacht-Buchhandlung, Neue Graupenstraße 5

Gewerkschaftsbewegung.

Verbandstag der Metallarbeiter.

(4. Tag.)

In der Vormittags-Sitzung des Metallarbeiter-Kongresses erhält zunächst Weber-Solingen (KPD.) das Wort: Die Kommunisten sind bereit, mit den Anhängern der VSPD. zusammenzuarbeiten, wenn diese gewillt sind, mit den Kommunisten politisch auf eine gemeinsame Plattform zu treten. Heute führen die Kommunisten allein den Kampf gegen den Kapitalismus. Der Kampf kann nur erfolgreich sein, wenn die Massen auf der Straße erscheinen. Urich-Berlin (VSPD.): Schumann hat auch keinen anderen Weg gezeigt als der Vorstand; auch Eickert hat nichts anderes tun können bei den Verhandlungen im Metallarbeiterstreik als die „reformistischen" Führer. Genau so sieht es in allen oppositionell geleiteten Verwaltungsstellen aus. In der Frage der Erwerbslosenfürsorge hat gerade Dißmann im Reichstage mit aller Energie gearbeitet. Die Kommunisten aber haben sich in langen Resolutionen erschöpft. Graßmann (VSPD.) weist die Vorwürfe Schumanns gegen den Bundesvorstand des ADGB., er habe an der Verhängung des Ausnahmezustandes mitgearbeitet, zurück und unterstreicht die bedingungslose Unterwerfung der Kommunisten unter den Befehl Moskaus. Die Tatsache, daß die Kommunisten nicht frei in ihren Entschlüssen sind, wird eine Einigung nicht zulassen. Denn die deutschen Kommunisten sind abhängig von den Beschlüssen von Leuten, die die deutschen Verhältnisse nicht kennen. Unter stürmischer Zustimmung der Delegierten führte Graßmann aus, daß alle Führer des ADGB. mit ganzem Herzen die Einheitsfront wollen und daß die Einigung möglich ist, wenn alle, die guten Willens sind, ihre Pflicht tun.

In der fortgesetzten Aussprache begründet zunächst Dieterich-Köln (KPD.) eine von der Opposition eingebrachte Resolution. Weiler-Niederlahnstein bespricht die Lage der Arbeiterschaft im besetzten Gebiet und fordert vom Verbandsvorstand, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, die Bezahlung der Besatzungskosten nicht zu ändern. Die Nichtbezahlung würde auch der Arbeiterschaft schweren Schaden zufügen. Die pfälzischen Metallarbeiter lassen durch ihren Redner erklären, daß sie sich gegen jeden Separatismus wehren. Nawrocki-Berlin (KPD.) richtet heftige Angriffe gegen die Berliner Ortsverwaltung, wobei es teilweise zu stürmischen Unterbrechungen kommt. Ziska (VSPD.), Bevollmächtigter der Berliner Ortsverwaltung, weist diese Angriffe zurück. Schumann-Halle will es nicht wahr haben, daß die Kommunisten die Arbeiterführer persönlich angreifen. Außerdem behauptet er aufs neue, daß der ADGB. und die Sozialdemokratie für den Ausnahmezustand verantwortlich seien. Donath-Dessau (VSPD.) weist gegenüber der Verherrlichung der Moskauer Diktatoren auf die Verfolgung der Sozialisten in Rußland hin. Die Disziplin der Kommunisten bestehe in disziplinwidrigem Verhalten gegenüber den Gewerkschaften. An Hand von Dokumenten weist er nach, daß die Internationale Arbeiterhilfe eine kommunistische Agitationszentrale ist.

Nachmittags-Sitzung.

In seinem Schlußwort führte Dißmann aus: Den Wünschen der Kollegen im besetzten Gebiet wird soweit als möglich Rechnung getragen. Der Jugendbewegung hat sich der Vorstand stets mit allen Kräften angenommen und wird es auch in Zukunft tun. Soweit die finanzielle Möglichkeit gegeben ist, wird die „Metallarbeiter-Zeitung" in altem Umfange erscheinen. Der Vorstand hat den dringenden Wunsch, daß die unleidlichen Verhältnisse in Stuttgart recht bald behoben werden. Zum einträchtigen Zusammenarbeiten müssen alle guten Willen haben. Der Vorstand hat nie eine Niederlage beschönigt, aber er kann es nicht für richtig halten, alle Teilerfolge herunterzureißen. Mit den Methoden, die die Anhänger Schumanns belieben, kann man keine erfolgreiche Arbeit für den Verband leisten. Dauerndes Herunterreißen des Verbandes und seiner Führer vernichtet das Vertrauen der Massen. (Sehr richtig!) Das ist einer der Gründe für den Rückgang der Gewerkschaften. Was wäre aus den deutschen Arbeitern geworden, wenn sie die Gewerkschaften nicht gehabt hätten? (Sehr richtig!) Der Redner wendet sich dann gegen die Erklärung des Bergarbeiterverbandes. Kollege Scheffler habe erklärt, daß er jenem Verhandlungsergebnis nie seine Zustimmung gegeben habe, ebenso habe der Vorstand und sein Vertreter es abgelehnt, dem Abkommen zuzustimmen. Auch habe der Metallarbeiterverband den nordwestlichen Unternehmern keine Arbeitszeitverlängerung konzessioniert, sondern nur zugestanden, daß bei großem Arbeitsandrang gegen notwendige Ueberstunden kein Einspruch erhoben werde. Die VSPD. ist sehr energisch für die Betriebsräte eingetreten. Der Metallarbeiterverband will der unheilvollen Zersplitterung in Berufsverbände ein Ende machen. Der ADGB. soll in dieser Beziehung helfen, die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses zu verwirklichen. Die Einigung des Proletariats ist eine dringende Notwendigkeit. Leider kommt man immer weiter auseinander. Das ist die Tragik der deutschen Arbeiterschaft, und ich befürchte, daß dieses traurige Kapitel noch nicht zu Ende ist. Die kommunistischen Mitglieder kommen leider aus ihrer Parteieinstellung nicht heraus.

Nach weiteren Schlußworten Weißigs für den Ausschuß und Kummers für die Metallarbeiter-Redaktion erfolgt um 7 Uhr Vertagung. Um 8 Uhr abends beginnt eine Nachtsitzung.

7. Beiratstagung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Auf der 7. Beiratstagung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, die am 10. und 11. Februar 1924 in Hannover stattfand, wurden außerordentlich wichtige in das Leben der Organisation tiefeinschneidende Beschlüsse gefaßt.

Der planmäßige Versuch der kommunistischen Gewerkschaftszersplitterer, ihren Einfluß im Fabrikarbeiterverbande auszudehnen, hat in einigen seiner Verwaltungsstellen zu Zuständen geführt, die mit einer glatten Durchführung der gewerkschaftlichen Aufgaben des Verbandes unverträglich sind. Die Weimarer Konferenz der parteikommunistischen Gewerkschaftszerstörer haben diesen Bestrebungen einen stärkeren Antrieb gegeben. Diese Vorgänge veranlaßten den Verbandsvorsitzenden Thiemig, dem Verbandsbeirat die Frage vorzulegen, ob der von den Verbandsmitgliedern gewählte und ihnen verantwortliche Vorstand im Fabrikarbeiterverbande bestimmen soll oder eine unbekannte parteikommunistische Zelle, die es als ihr Ziel und ihre berufliche Aufgabe betrachtet, die in jahrzehntelanger mühevoller Arbeit aufgebaute Organisation zu zerstören. Die Antwort, die der Verbandsbeirat darauf gab, war die erneute Bestätigung der auf der zweiten Beiratstagung 1921 angenommenen Richtlinien, die unter Berücksichtigung neuerer Vorgänge abgeändert wurden und deren schriftliche Anerkennung als Vorbedingung für die satzungsgemäße Bestätigung der Zahlstellenleitung durch den Hauptvorstand gefordert wird. In den Richtlinien, die 8 Punkte enthalten, wird verlangt, die unbedingte Anerkennung des Statuts, des Streikreglements, die Durchführung der Verbandstags- und Beiratsbeschlüsse und aller Verbandsaktionen nach den Weisungen des Hauptvorstandes und der dazu beauftragten Gauleitungen, sowie der allgemeinen Gewerkschaftsaktionen nach den Anweisungen des ADGB. und des dazu beauftragten Ortsausschusses. Die wichtigsten Bedingungen enthalten die Punkte 4 und 5 der Richtlinien, die folgenden Wortlaut haben:

„Ablehnung jeder Verbindung mit der kommunistischen Gewerkschaftszentrale und mit Einrichtungen, die in derem Sinne arbeiten, sowie Verweigerung von Geldmitteln für diese.

Ablehnung der Befolgung von Beschlüssen, die nicht vom Fabrikarbeiterverband und seinen Körperschaften oder dem ADGB. und seinen beauftragten Untergruppen, sondern von Vereinigungen ausgehen, die außerhalb des Verbandes stehen und den Beschlüssen des Verbandes oder des ADGB. entgegenwirken. Ablehnung von Anweisungen und Richtlinien für die gewerkschaftliche Tätigkeit durch politische Parteien, Gruppen oder deren Gründungen."

Eine andere wichtige Entscheidung war die Ablehnung der von den Arbeitgebern vorgeschlagenen Zusatzvereinbarung zum Reichstarifvertrag für die chemische Industrie vom 19. Juli 1919, wonach die Arbeitszeit, sobald die Verhältnisse es erfordern, im Benehmen mit den Betriebsvertretungen auf 9 bezw. 10 Stunden verlängert und in kontinuierlichen Betrieben an Stelle der Achtstundenschicht die Zwölfstundenschicht eingeführt werden soll. Dieser Entscheidung ging eine Aussprache voraus, in der sich der allergrößte Teil der Redner für die Ablehnung des Vorschlages der Unternehmer einsetzte. Betont wurde hierbei, daß der Verband seine Zustimmung zu einer Vereinbarung nicht geben könne, die zu einer Wiedereinführung der 84-Stundenwoche in den gesundheitsschädlichen Betrieben der chemischen Industrie führt.

Um die finanzielle Widerstandskraft des Verbandes zu stärken, wurde eine Neuregelung der Beiträge beschlossen. Der wöchentliche Beitrag richtet sich nach der Lohnhöhe und beträgt als Mindestsatz bei einem Stundenverdienst von 15 Pf. 20 Pf., bei einem Stundenverdienst von 16—25 Pf. 30 Pf. usw. bis zu 100 Pf. Höchstbeitrag. Von einer Aenderung der Unterstützungen wurde abgesehen. Der Beirat nahm aber eine Entschließung an, die den Vorstand beauftragte, bei einer Besserung der Finanzlage des Verbandes Vorschläge auf Erhöhung der Unterstützungssätze dem Beirat zu unterbreiten.

Nach einem Referat des Sekretärs der Rechtsschutzabteilung beim Hauptvorstande, Kollegen Schmidt, über: Forderungen zum Arbeitsrecht und zur Sozialversicherung nahm der Verbandsbeirat eine Entschließung an, in der scharfe, grundsätzliche Kritik an dem Entwurf des Arbeitsvertragsgesetzes geübt und ein einheitliches Arbeitsrecht, Arbeitsgerichte auf der Grundlage der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, zeitgemäßer Arbeitsschutz, besonders für die in gesundheitsschädlichen Betrieben Beschäftigten, gefordert wurde.

Der Verbandsvorsitzende Brey konnte am Schlusse der Tagung feststellen, daß die Verhandlungen vom Geiste größter Sachlichkeit und von dem Bestreben getragen waren, das organisatorische Gefüge des Verbandes zu festigen. Sein Schlußwort klang in die Aufforderung aus, in der Werbearbeit für den Verband nicht zu erlahmen und die gewerkschaftlichen Erfolge des Verbandes agitatorisch auszuwerten. G. R.

Streik der Berliner Mühlenarbeiter.

Die Berliner Mühlenarbeiter sind am Donnerstag abend um 10 Uhr in den Ausstand getreten. Seit Ende November sind ihre Löhne nach und nach um zwei Drittel reduziert worden. Vor wenigen Tagen fanden erneut Lohnverhandlungen statt, die von den Unternehmern benutzt wurden, abermals eine Herabsetzung der Löhne zu erwirken. Eine Funktionärversammlung der Mühlenarbeiter lehnte dieses Ansinnen ab. In der anschließend am Donnerstag vollzogenen Urabstimmung wurde dann fast einstimmig beschlossen, am gleichen Abend die Arbeit einzustellen.

Arbeiter-Sport.

Der Sport-Klub „Felsenfest" wählte in seiner Generalversammlung folgende Sportsgenossen in den Vorstand: 1. Vorsitzender Artur Langner, Gellhornstraße 14, 1. Kassierer: Karl Wonon, Blücherplatz 9, 1. Schriftführer: Otto Nowak, Schießwerderstraße 17. Die technische Leitung liegt in den Händen des Sportsgenossen Max Reis. Als Zeugwart sind die Sportsgenossen Friemel Georg und Markus gewählt worden. Die Uebungsstunden finden Dienstag und Freitag von 7—9 Uhr abends in der Turnhalle Waterloostraße statt. Am Sonnabend, den 23. Februar veranstaltet der Verein ein Kostümfest in Baudachs Festsäle, Frankfurter Straße.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, 1. Bezirk, 14. Kreis. Die Meldungen der Turnspielmannschaften, Männer-Faustball, Turnerinnen-Faust- und Trommelball, müssen bis 15. März an Turngenossen W. Zäschke, Breslau, Ottostraße 1, schriftlich eingesandt sein. Jugendmannschaften nicht vergessen.

Freie Turnerschaft, Breslau, II. Mädchen- und Turnerinnenabteilung. Sonntag, den 24. Februar, Rodel- und Skifahrt nach Obernigk. Treffpunkt früh 9 Uhr im Westflügel der Verkehrshalle des Hauptbahnhofes. Bei ganz starkem Tauwetter wird am Treffpunkt die Partie noch abgesagt. Also bei jedem Wetter früh 9 Uhr da sein. Andere Abteilungen und Arbeitersportler und Sportlerinnen sind mit Sportgeräten gern gesehene Gäste. Bahnfahrt für Bundesmitglieder unter 21 Jahren 60 Pfg., über 21 Jahre Sonntagsfahrkarte 80 Pfg. — Wer meldet sich? Klavierspieler oder Spielerin, die sich aus Interesse an rhythmischen Turnstunden für Klavierbegleitung bei unseren Donnerstagübungsabenden zur Verfügung stellen wollen, werden gebeten, sich Montag oder Donnerstag, abends zwischen 8—9 Uhr, in der Schwerinschule, Lyzeum Schwerinstraße, obere Turnhalle, bei Turnwart Friedrich zu melden. Es soll jeden Donnerstag Abend von 7—9 Uhr mit Klavier geübt werden. — Alle Abteilungen haben bis 25. Februar alle die zu Ostern zur Schulentlassung kommenden Kinder an Turngenossen Heinzelmann zu melden. — 29. Februar, abends 7^{30} Uhr: Geschäftsführende Ausschußsitzung, wozu sämtliche Vereinsturnwarte gebeten werden, bei Turngenossen Hoffmann, Frankfurterstraße 78, Hinterhaus II. Etage zu erscheinen. — Handball. Die Schiedsrichterprüfung findet bestimmt am 24. Februar, früh 9 Uhr auf dem L. H. L.-Platz statt.

Erster Breslauer Arbeiter-Angler-Verein E. V. Kanal-Angler. Freitag, den 22. Februar, abends 7 Uhr, Ausgabe der Karten bei Paul Kabisch, Weinstraße 88. Ich bitte die Vorstandsmitglieder zu erscheinen. Gleichzeitig bitte ich die Oderangler ihre Fischereischeine zu mir in die Wohnung zu besorgen, da noch auf sämtlichen Scheinen etwas nachgetragen werden muß.

J. A.: Der Vorstand E. Bukowski, Kospolthstraße 15.

Arbeiter-Schachverein, Breslau. Am Montag, den 25. Februar, findet abends 7 Uhr im Heil. Geist-Gymnasium, Kaiserin-Augusta-Platz, Zimmer 2, ein unentgeltlicher, öffentlicher Schachkursus statt. Derselbe umfaßt 6 Abende. Anmeldungen am ersten Abend. Alle Schachinteressenten und Arbeitersportler, die das edle Spiel erlernen wollen, sind hiermit eingeladen. — Sonnabend, den 23. Februar ist abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus Spielkommissionssitzung. — Donnerstag, den 28. Februar ist abends 7 Uhr bei Schachgenossen Lorenz, Albrechtstraße 18, die Kreisleitungssitzung.

T. V. Naturfreunde! Der am Dienstag ausgefallene Lichtbildervortrag über Tschomolungma (Mount Everest) findet am Sonnabend, den 23. Februar, abends 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus statt. — Montag, den 25. Februar, abends 7½ Uhr im Gewerkschaftshause: Gruppe für Natur- und Heimatkunde. Thema: „Wie bestimme ich Mineralien", eine Anleitung für unsere Fahrten.

Freie Rudervereinigung Breslau, e. V. Sonntag, den 23. Februar, vormittags, Treffen aller Mitglieder im neuen Bootshause.

Vereinskalender.

Freie Turnerschaft, 1. Abteilung. Sonnabend, den 23. Februar, 2. Familien-Abend, Riviera, Pöpelwitz, wozu alle Angehörigen unserer Mitglieder freundlichst eingeladen sind.

Bezirksverband Breslauer Kleingartenvereine. Sonntag, den 24. Februar, vormittags 10 Uhr pünktlich, Generalversammlung im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses. Auf der Tagesordnung steht unter anderem ein Vortrag unseres Gartenfreundes Tischler über: „Sind unsere Kleingärten in Gefahr?" mit freier Aussprache. Jeder organisierte Kleingärtner muß kommen! Keiner darf fehlen!

Baugewerksbund. Sonntag, vormittags 9½ Uhr, im Zimmer 9 des Gewerkschaftshauses, Monatsversammlung der Zementfacharbeiter. Die Fachgruppenleitung.

Fachgruppe der Isolierer. Sonntag, vormittags 10 Uhr, Zimmer 5 des Gewerkschaftshauses: Monatsversammlung.

Achtung, Steinarbeiter! Montag, den 25. Februar, abends 7½ Uhr, findet im Gewerkschaftshause, Zimmer 7/8, eine Vollversammlung statt.

Arbeiter-Stenographen-Verein „Arends". Anfängerkurse beginnen am Montag, den 25. und Dienstag, den 26. Februar, abends 7 Uhr, im Zwingergymnasium, 1. Stock, Zimmer 1. (Siehe Inserat.)

Mir oder mich?)

Berliner Humor.

kann keener" (Verlag der Germania A.-G. in Berlin C 2) von Dr. Franz Lederer. Mit Sachkenntnis und wirklicher Liebe sind hier Proben echten Berliner Humors, der mit der neuberlinischen Großschnäuzigkeit nichts gemein hat, zusammengestellt.

Es ist ein weit verbreiteter Irrtum, daß der Berliner „mir" und „mich" verwechselt. Ja, man glaubt vielfach, die Berliner Mundart zu kennen, wenn man sie als diejenige Sprache bezeichnet, in der man nach Belieben „mir" oder „mich", „dir" oder „dich" gebrauchen kann. Adolf Hoffmanns Auftreten als Kultusminister brachte diese Frage wieder allgemein zur Erörterung, indem man überall hervorhob, der neue Kultusminister zeichne sich dadurch aus, daß er nicht „mir" und „mich" unterscheiden könne. Beweise dafür waren seine zahlreichen Reden. Erzählte man sich doch auch, daß er die vortragenden Räte im Kultusministerium bei seinem Erscheinen mit den Worten begrüßt habe:

„Meine Herren, ick habe mir imma sehr for die Kunst interessiert."

In Wirklichkeit kennt Adolf Hoffmann wie jeder echte Berliner nur das Wörtchen „mir". Wie schwierig es ist, dem Berliner Jungen das Wörtchen „mich" beizubringen, weiß jeder Schulmeister. Die Redensart: „der Berliner sagt immer „mir", och wenn 't richtig is", illustriert den Berliner Sprachgebrauch am besten. Dem Berliner Jungen, der einen andern mit den Worten begrüßt: „Na, Mensch, dir kenn' ick doch schon lange", der beim Versteckspiel dauernd ruft: „Anschlag vor mir", leuchtet es nicht ein, daß es „Anschlag für mich" heißen muß. Manchem Berliner hat das Wörtchen „mich" schon Kopfschmerzen gemacht. So fragte einst Minna ihren Geliebten Justav, ob es „ick liebe dir" oder „ich liebe dich" heiße. Nach kurzem Nachdenken erwiderte Justav mit der ihm angeborenen Schlagfertigkeit:

Ick liebe dir, ich liebe dich,
Wie 't richtig is, det weeß ick nich
Und is mich doch Pomade.
Ick lieb' dir nich im dritten Fall,
Ick lieb' dir nich im vierten Fall,
Ick liebe dir uff jeden Fall.

Ein Einjähriger begleitet einen Unteroffizier, der ihn bittet, ihn auf seine Sprachfehler aufmerksam zu machen. Ein Soldat kommt vorbei und grüßt. Der Einjährige erwidert den Gruß.

Unteroffizier: „Sie, Einjähriger, der hat mir jegrüßt."
Einjähriger: „Mich, Herr Unteroffizier."
Unteroffizier: „Wat Ihnen?"
Einjähriger: „Sie, Herr Unteroffizier."
Unteroffizier: „Also doch mir."

Fritzchen ist mit seiner Mutter im Zoologischen Garten, als ein Kamel vorbeigeführt wird, auf dem mehrere Kinder sitzen. Begeistert ruft Fritzchen: „Mutti, darf ich mir och uff det Kamel setzen?"

Entsetzt antwortet die Mutter: „Aber Fritzchen, es heißt doch nicht „mir"; wenn du nicht richtig sprichst, gebe ich dir kein Geld."

Einen Augenblick schweigt Fritzchen; dann ruft er freudestrahlend aus: „Na, Mutti, wenn ick nu mich sage, kann ich mir denn uff's Kamel setzen?"

Neulich gehe ich durch die Landsberger Straße. Vor einem Laden stehen eine Reihe Leute. Ich bleibe stehen und frage eine Frau, was es hier eigentlich gebe. „Ja, det weeß ick nich", erwidert die Berlinerin, „ick habe mir uff jeden Fall anjestellt."

Einem gutmütigen Berliner tat es leid, daß ein Mädchen in der Bahn stehen mußte. Er rückte beiseite mit der freundlichen Aufforderung:

„Komm', setze dir hier neben mir,
Dir steh'n zu sehen, det jammert mir."

Ein Schüler kommt zu spät in die Schule. Als Grund der Verspätung gibt er an: „Mein Vater hat mir jebraucht." — Lehrer: „Hat denn dein Vater nicht jemand anders dazu benutzen können?" — Schüler: „Nee, er hat mir nahauen."

Kein Veilchen! Eine Schülerin erregt das Mißfallen ihrer Lehrerin, weil sie gewöhnlich in unsauberem Zustand nach der Schule kommt. Eines Tages bemerkt die Lehrerin entrüstet: „Aber Lieschen, du bist ja schon wieder nicht gewaschen; du riechst ja schon ordentlich." — Lieschen muß das wohl zu Hause erzählt haben; denn am nächsten Tage bringt sie einen Brief von ihrer Mutter mit, in dem sich der Satz findet: „Mein Lieschen ist kein Veilchen; Sie sollen ihr nich riechen; Sie sollen ihr lernen."

Die gutmütige Dora. Vor der Mädchenschule in der Pallasstraße spielen ein paar Mädchen Reifen.

Dora: „Else, laß mir mal springen!"

Lehrerin, die gerade vorbeigeht: „Aber Dora, laß mich mal springen!"

Dora (gutmütig): „Na ja, Else, laß ihr mal springen!"

Die Blankzierstange. Bei Sternecker im späteren Schloß Weißensee war immer etwas los. Die Berliner des Nordens strömten des Sonntags in Scharen hinaus, um dem Aufstieg eines Luftballons oder den wilden Kämpfen echter Sioux-Indianer aus der Ackerstraße beizuwohnen. Eine Sensation löste die andere ab. Eines Tages erregte ein Seiltänzer das Erstaunen der Menge. Der kleine Hans schaute verwundert hinauf nach dem in der Luft tanzenden Manne. Dann fragt er plötzlich: „Vata, sag' mal, wat hat der Mann da for 'ne Stange?" — Vater: „Junge, das is 'ne Blankzierstange." — Hänschen: „Wat is det, 'ne Blankzierstange? Wozu hat er denn die?" — Vater: „Na, da hält er sich dran feste, Junge." — Hänschen (sehr enttäuscht): „Wat, der hält sich an wat feste; ich denke, der looft so?" — Vater: „Schafskopp, der muß sich doch an wat feste halten; sonst fällt er doch runter." — Hänschen (nach einigem Nachdenken): „Na, Vata, wenn nu aber die Blankzierstange mal 'runterfällt?" — Vater: „Junge, du frägst och zu demlich; die kann doch ja nich 'runterfallen. Er hält ihr doch feste."

Die Ruhepause. Der kleine Max wird von seiner Mutter zur Strafe in die Kammer gesperrt. Hier schreit er aus Leibeskräften. Endlich ist er still. Die Mutter geht zu ihm. „Na, hast du nun endlich aufgehört zu schreien?" — „Nee", schreit Maxchen wütend, „ich ruhe mir bloß een bißchen aus."

•

Daß auch zu Lessings Zeiten der Berliner lediglich den Dativ gebrauchte, beweist folgende Anekdote, die Rodenberg erzählt. Lessing traf sich gern mit seinen Freunden in der „Baumannshöhle", einem nach dem Küfer Baumann benannten Weinkeller in der Brüderstraße (jetzt Warenhaus Herzog). Dort las der Philosoph Mendelssohn eines Abends seinen „Phädon, über die Unsterblichkeit der Seele" vor. Ein Berliner, der sich in dem Weinkeller befand, hörte aufmerksam zu und trat nach der Vorlesung an den Tisch, an dem Lessing, Mendelssohn und Nicolai saßen. „Ich jloobe nich an ihr", meinte er. — „Woran glauben Sie nicht?" fragte Lessing. — „Nu, an de Unsterblichkeit." — „Warum denn nicht?" — „Ja sehn Se, wenn ich dran jloobe und se kommt nich, denn ärgere ich mir. Wenn ick nich dran jloobte und se kommt ooch nich, so finde ick weita nischt dabei; wenn ick aber nich dran jloobe un se kommt, so freie ick mir. Merken Se wat? Drum jloobe ick nich an de Unsterblichkeit." Sprach's und verließ das berühmte Dreigestirn.

Nicht bloß einfache Leute bedienen sich der Berliner Mundart. Stets gab es in Berlin hochstehende Persönlichkeiten, die mit Vorliebe „berlinisch" sprachen. Sie werden leicht die erklärten Lieblinge des Volkes. So der alte Wrangel, den man nach einer Zeit demokratischer Mißstimmung nur noch „Papa Wrangel" nannte. Er sprach zur Freude seiner Berliner das reinste Berlinisch. Am 10. November 1848 nach der Revolution kam er als „Gouverneur in den Marken" nach Berlin. Man hatte ihm brieflich gedroht, daß man seine Frau, die sich damals in Stettin befand, in dem Augenblick aufhängen würde, wo er mit Truppen in die Hauptstadt einzöge. Wrangel ließ sich dadurch natürlich nicht beirren, aber als er durch das Brandenburger Tor kam, fiel ihm doch der Drohbrief ein. Er zog die Uhr und sagte zu seinem Adjutanten: „Et is jetzt dreie; mir soll bloß wundern, ob sie ihr jetzt uffhängen."

*) Aus dem kurzweiligen und vergnüglichen Buch „Uns

Für die Frauen

Frauen der Arbeiterbewegung in England.

Margaret Bondfield, Gewerkschaftsführerin, erreichte schon im vorletzten Wahlkampfe in Northampton 14 498 Stimmen. Das war für eine Frau die höchste Stimmenzahl, die bei dieser Hauptwahl gezählt wurde. Sie hat seit mehr als 20 Jahren in der Gewerkschaftsbewegung eine führende Stellung inne. Außerdem nahm sie ständig starken Anteil an der politischen und konsumgenossenschaftlichen Arbeit. Es gibt keinen Zweig der Arbeiter- und Genossenschaftsbewegung, wo sie nicht als Mitkämpferin geachtet wird. Sie ist nicht nur in England bekannt und hat sich in harter Arbeit und auf Grund ihrer Persönlichkeit ihren Weg gebahnt. Sie nahm an vielen internationalen Arbeiterkonferenzen teil. Bei den drei Konferenzen des Internationalen Arbeitsamtes war sie den Delegierten der Arbeiterschaft Ratgeberin. Augenblicklich ist sie Sekretärin für die Frauen der allgemeinen nationalen Arbeitervereinigung. Sie wurde zur Vorsitzenden des Generalrates der Arbeiterpartei für das Geschäftsjahr 1923/24 gewählt und ist damit die erste Frau, die diesen verantwortungsvollen Posten bekleidet. Sie erzielte diesmal einen glänzenden Sieg im gleichen Wahlkreis Northampton.

Dorothea Jewson (Akademikerin) ist als Kandidatin der Arbeiterpartei in Norwich gewählt worden. Sie war jahrelang Führerin der nationalen Vereinigung der Arbeiterinnen und tätiges Mitglied der Nie-wieder-Krieg-Vereinigung. Sie arbeitete selbst längere Zeit als Stubenmädchen in Hotels, um sich über die materiellen und sittlichen Arbeitsverhältnisse dieser Arbeitnehmerkategorie authentisch zu unterrichten und veröffentlichte darüber einen Bericht, der starkes Aufsehen erregte.

Susan Lawrence ist ebenfalls zum ersten Male in das englische Parlament gewählt. Sie kandidierte für Nordost Ham bei London. Genossin Lawrence war jahrelang Mitglied des Londoner Stadtrates und ging als solches mit anderen Arbeiterstadträten der Vorstadt Poplar ins Gefängnis, als diese den gesetzwidrigen Beschluß faßten, die Erwerbslosen aus städtischen Mitteln zu unterstützen. Sie gehört zu den weiblichen Mitgliedern des Parteivorstandes und des Zentralkomitees für Ausbildung und Anstellung der Frauen. Während des Krieges arbeitete sie in verschiedenen Ausschüssen des Wiederaufbauministeriums.

Frau Harrison Bell ist Präsidentin des Ausschusses industrieller Frauenorganisationen. Sie gehört zu den Veteranen der Arbeiterbewegung und es gebührt ihr das Lob, daß sie trotz ihres hohen Alters ihre Kraft und Energie noch in den Dienst der Sache stellt. Zur Lehrerin erzogen, unterrichtete sie einige Jahre in Newcastle. Den größten Teil ihres Lebens verbrachte sie im nordöstlichen England, wo sie außerordentlich tatkräftig wirkte. Als sie vor einigen Jahren nach London kam, setzte sie ihre Arbeit in der Oeffentlichkeit nach allen Richtungen hin fort und arbeitete in den verschiedenen wichtigen Ausschüssen. Sie ist Mitglied des Parteivorstandes und Kassiererin der internationalen Vereinigung der beruflichen Frauen. Sie widmete ihr bisheriges Leben der Sache der Arbeiter und ist bei allen Frauenzusammenkünften eine willkommene Rednerin. Sie besitzt große Erfahrung und Kenntnis der Lebensbedingungen der beruflichen Frau und gewinnt durch ihre freie Redeweise die Sympathie und das Vertrauen der Arbeiterinnen.

Dr. Ethel Bentham war Kandidatin der Arbeiterpartei in East Islington (London). Dr. Bentham gehört zu den weiblichen Vertretern des Vorstandes der Arbeiterpartei. Sie ist Doktor der Medizin, besitzt Kenntnis und Erfahrung in Gesundheitsfragen, war Mitglied des Londoner Versicherungskomitees und des dortigen Amtes für Altersversicherungen. Sie war Aerztin des Kinderhospitals und Krankenhauses.

Minnie Pallister war Arbeiterkandidatin für Bournemouth. Sie gehört zu den Organisatoren der Unabhängigen Arbeiterpartei und ist als glänzende Rednerin bekannt. Sie war Lehrerin in Wales. Seitdem ist sie Angestellte der Arbeiterorganisation. Sie unterstützte Genossen Ramsey Macdonald bei seinem vorletzten Wahlsieg im Wahlkreise Aberavon.

Drei Frauen, neun Kinder und drei Glaubensbekenntnisse.

Von Max Eck-Troll.

Es ist ein seltsam Ding mit der Konfession!

Ich kannte mal einen Musiker, der hatte in seiner Familie alle Konfessionen vertreten. Das heißt: „alle" wäre entschieden zu viel gesagt.

Denn so viel Anverwandte hat kein Mensch, daß in seiner Familie all die Glaubensbekenntnisse vertreten sein könnten: Katholiken, Protestanten, Israeliten, Schiiten, Sunniten, Mohammedaner, Buddhisten, Baptisten, Mormonen und wie die hunderttausenderlei Bekenntnisse heißen mögen, die die Menschheit in ebenso viel feindliche Lager teilt.

Daß jedes Bekenntnis glaubt, den alleinseligmachenden Glauben zu besitzen, hat mir immer ein ironisches Lächeln abgenötigt.

Ich habe daher stets meine Seligkeit allein auf meine Weise gesucht und gefunden.

Doch der Musiker: Er war freireligiös. Seine erste Frau war eine strenge Katholikin. Da er sich sagte: „Die religiöse Erziehung meiner Kinder ist Sache der Frau", ließ er ohne Widerspruch — besonders auf Wunsch der Schwiegereltern — im Ehevertrag festlegen, daß die Kinder katholisch erzogen werden sollten. Aus der Ehe entsprangen drei Kinder. Der katholische Pfarrer schmunzelte, als er drei Kinder aus den Händen der Freireligiösen „gerettet" sah. Beim dritten Kind starb die Frau im Wochenbett.

Der Musiker wollte als sorgsamer Vater die Kinder, da sie noch klein und unmündig waren, nicht ohne mütterlichen Schutz wissen. Er entschloß sich daher, hauptsächlich der Kinder wegen, nochmals zu heiraten. Er fand eine brave Frau, die große Liebe zu den Kindern hatte. Er versprach ihr die Ehe, ohne lange zu fragen, welche Konfession sie habe. Erst bei der Anmeldung auf dem Standesamt erfuhr er, daß sie protestantisch erzogen worden. Das scherte ihn aber nicht, da er wußte, daß seine zukünftige zweite Frau ein goldenes Herz hatte, und seine Liebe zu den Menschen allumfassend war, und er sich durch nichts, auch nicht durch Glaubensbekenntnisse, „chinesische Mauern" um Menschenherzen aufrichten ließ.

Die Kinder der zweiten Ehe wurden „evangelisch" erzogen. Das Unglück wollte es, daß auch diese treue Gefährtin des Musikers nach wenigen Jahren durch ein böses Frauenleiden dahingerafft wurde.

Nun hatte er sechs mutterlose Kinder.

Wieder aus Rücksicht auf die Kinder beschloß er, zum dritten Male zu heiraten.

Das Glück wollte es, daß er wieder eine Frau fand, die trefflich zu ihm paßte und die Kinder über alles liebte.

Sie war aber eine Jüdin.

Getreu seinem Grundsatz: „Die religiöse Erziehung meiner Kinder ist Sache der Frau" wurden die Kinder der dritten Ehe Israeliten. Der Zufall wollte es, daß auch die dritte Ehe mit drei herzigen Kindern beglückt wurde.

Der Musiker, seine Frau, die Jüdin, und die neun Kinder (drei Katholiken, drei Protestanten und drei Israeliten) leben heute noch in schönstem Frieden und in bester Eintracht. Tritt man ins Haus, so ist alles Glück, Friede und echte Lebensfreude.

Sind sie doch alle Kinder eines Vaters! . . . Dessen Liebe allumfassend ist.

Und sind nicht alle Menschen Kinder eines Vaters?

Warum können die Menschen aller Konfessionen nicht so einträglich zusammenleben wie die Musikerfamilie?

Warum nicht die Völker?

Warum müssen überhaupt Kirchenmauern und Grenzpfähle buntscheckig, künstlich die Menschen in feindliche Lager spalten?

*

Diese Geschichte von dem Musiker, seinen drei Frauen und seinen neun Kindern ist kein Märchen.

Sie ist Wahrheit.

Jeder Mensch mit einem klugen Kopf und einem gütigen Herzen denkt wie der Musiker. Ihm ist Religion eines jeden Menschen Privatsache.

Selbst innerhalb seiner eigenen Familie!

Nun ist es das gute Recht eines jeden Menschen, zu versuchen, andere Menschen von seiner mühsam erkämpften Anschauung zu überzeugen.

Von diesem Rechte machte auch unser Musiker Gebrauch, als seine Kinder groß und mündig geworden, mit dem Erfolg, daß seine dritte Frau und seine neun Kinder sich zu der Wahrheit und zu der Erkenntnis durchrangen, daß die Spaltung der Menschen in viele Lager des Glaubens stets nur Unglück über die Menschen gebracht hat. Sie dachten dabei der Schrecknisse der Inquisition, des 30jährigen Krieges, an die Judenverfolgungen, an die Pariser Bartholomäusnacht und andere geschichtliche Tatsachen. Frau und Kinder traten nach diesem Erkennen aus ihren Kirchengemeinden aus, wurden freireligiös . . . überkonfessionell, wie der Vater, dessen Liebe allumfassend war.

Getreu dem Dichterwort:

„Zu welcher Religion ich mich bekenne?
Zu keiner! Aus Religion!"

Nur nicht Mutter werden!

Gegen einen Berliner Apotheker ist, wie wir kürzlich berichteten, ein Verfahren eingeleitet worden, weil er einigen Mädchen ein Abortivmittel verkauft hatte. Er gestand, ohne dazu gezwungen zu sein, daß er nicht nur diesen, sondern Hunderten von Frauen aus allen Gesellschaftskreisen in gleicher Weise „geholfen" habe. Dazu wird uns geschrieben:

Im Geiste seh ich Hunderte von Frauen, alle auf verschiedene Weise vom Leben gekennzeichnet. Aber ich kenne wohl kaum eine aus dieser großen Schar. In Wirklichkeit sah ich Frauenschicksale, die mir irgendwie einmal auf meinem Lebensweg begegnet sind. Und eines davon stand wieder vor mir, so lebendig, als hätte es heute und nicht vor 12 Jahren seinen Abschluß vor meinen Augen gefunden.

Ein Weib, gesund an Körper und Seele, mußte, seiner eigenen Meinung nach, auf das verzichten, was im Leben des gesunden Weibes das höchste ist, auf die Mutterschaft. Sie war sehr einsam, trotz ihrer Ehe. Außer den gelben Blumen und dem wilden Wein auf ihrem Balkon, hatte sie auch einen Hund. Und einmal wieder, ach, wie so oft, war Schmalhans Küchenmeister bei ihr, es war kein Geld da und die Miete fällig, wegen der Steuern war gepfändet worden. Die Hundesteuer aber war bezahlt. Da fragte ich sie, ob sie es denn für richtig halte, das so sauer verdiente Geld für Hundesteuer auszugeben. „Den Hund muß ich haben, sonst verlerne ich das Sprechen! Den ganzen Tag allein, bis in die späte Nacht über eine Nähmaschine gebeugt, bei einer entsetzlich monotonen Arbeit kann man wohl das Sprechen verlernen." Mit einem so reichen Schatz voll Liebe im Herzen hatte sie nicht den Mut, ihrem gesunden Gefühl zu folgen, Mutter zu werden. Warum nicht? Weil ihre Ehe nicht legitim war, weil sie nicht den Namen des Mannes trug, der der Vater ihres Kindes geworden wäre. Sie war ein Waise, und ich verstand den sehnsüchtigen, ja den hungrigen Ausdruck ihrer schönen nachtdunklen Augen, seitdem sie mir in einer vertrauten Stunde erzählt hatte, wie sie als Kind nach Mutterliebe gehungert hat. Abwechselnd bei hartherzigen Verwandten oder im Waisenhause wurde die freudlose Jugend verlebt, kein Fünkchen Liebe war übrig für dieses liebehungrige Kind. Durch harte Arbeit mußte in der Jugend und später das Stück Brot verdient werden. Trotz allem, vielleicht auch gerade deswegen, war sie sich früh ihres Menschentums bewußt geworden, leider nicht bis zur letzten Konsequenz. Noch zitterte die Empörung in ihr nach, wenn sie davon sprach, welch' unwürdige Behandlung ihr oft zuteil geworden, als Dienstmädchen und später als Verkäuferin in einem Schlächterladen. Der erste Mann trat in ihr Leben, aber er meinte es nicht ehrlich. Auf ihr Geld hatte er es abgesehen. Die Sparpfennige, die sie, die Anspruchslose, sich so mühsam zurückgelegt, konnte sie im letzten Augenblick noch retten, die große Lebensenttäuschung mußte heruntergewürgt werden.

Dann suchte sie sich an der Nähmaschine zu ernähren und lernte später den zweiten Mann kennen. Jung, froh und lebenslustig trat er in ihr Leben, sprach ihr von seinen Zukunftsträumen, in welchen sie eine Stelle einnahm. Sie wußte es nicht, daß dieser Mann schon verheiratet und Vater war, er verschwieg es ihr, solange es ihr leicht gewesen wäre, den Traum abzuschütteln. Froh kaufte sie Möbel von ihrem Spargelde, mietete die Wohnung, ließ sich die Papiere zur Heirat aus der Heimat kommen und bezog schon immer mit dem Mann ihrer Liebe ihr neues Heim. Was sollte sie machen, als sie dann erfuhr, daß aus Heiraten vorläufig nicht zu denken war? Sie liebte den Mann. Daß er der Liebe dieses Weibes nicht würdig war, gehört in ein anderes Kapitel. Eines Tages mußte sie ganz schnell in das Krankenhaus geschafft werden und erhielt dort einen Leibschnitt. Lange bange Wochen zitterten wir um ihr Leben, mit gebrochener Lebenskraft kam sie heraus. Ihre ganze Energie konzentrierte sich nur noch auf ihre Nähарbeit und auf den Gedanken: Unter keinen Umständen ein Kind. Eines Tages erhielt ich auf meiner Arbeitsstätte die Nachricht, daß sie wieder einmal schwer erkrankt sei. Ich fand eine Sterbende. Herzlähmung konstatierte der Arzt. Ueber die Ursachen der plötzlichen Erkrankung sprach er sich nicht aus. Wenn er das gleiche beobachtet hat, was ich mit dem geübten Blick der Frau gesehen habe, dann wollte er sich nicht darüber äußern. Und das war wohl gut so.

M.

Aphorismen über Frauen.

Cicero: „Vertrau' deine Barke den Winden, doch nimmer dein Herz den Schönen! denn die Wellen sind minder perfid, als die Lieb' und die Treue der Frauen."

Ninon de l'Enclos: „Das Bedürfnis, zu lieben, ist bei den Frauen ein Teil ihrer selbst und sogar ihre Tugend ist weiter nichts als ein Stück Liebe."

Fräulein von Sindern: „Nichts ist geeigneter, im Herzen des Weibes eine Neigung zu wecken, als wenn es hört, daß der Gegenstand seiner Liebe bereits geliebt wird."

Barfußtänze in der amerikanischen Kirche.

Als sich in Neuyork kürzlich das Gerücht verbreitete, daß in einer der orthodoxesten protestantischen Kirchen der Stadt im Rahmen eines Sonntagsgottesdienstes leicht geschürzte und obendrein strumpflose junge Mädchen religiöse Tänze aufgeführt hätten, wollte zunächst niemand an die ungeheuerliche Profanation glauben. Die Sache entsprach aber, wie sich bald herausstellte, durchaus der Wahrheit. Die ganze Stadt war empört, der Bischof der Diözese bestellte den ihm unterstellten Hauptgeistlichen der betreffenden Kirche sofort zu sich und forderte von ihm energische Aufklärung über den skandalösen Vorgang. Der Herr Pastor wollte zunächst nicht recht mit der Sprache heraus. Er sei aus den Wolken gefallen, als man ihm sagte, daß die Mädchen mit nackten Beinen getanzt hätten. Gegen die Anschuldigung, seine Kirche geschändet zu haben, müsse er sich aber energisch verwahren. Nur Uebelwollende vermöchten in der römischen Paraphrase biblischer Texte eine Profanation der Religion erblicken. Im übrigen erbat er sich Zeit, über die Sache weiter nachzudenken. Er zog sich zu diesem Zweck auf das Land zurück, um hier in der Stille mit sich über den Fall ins Reine zu kommen.

Als er zurückkam, war ihm der Kamm gewaltig geschwollen, und er trat dem Bischof gegenüber jetzt mit großem Selbstbewußtsein für seine Meinung in die Schranken. Wie er ausführte, verliere das von Calvin gemeuchelte Christentum immer mehr an Boden, weil sich das Volk, in dem das Heidentum noch fest wurzelt, von einer Religion abwendet, die auf alle äußere Schönheit, die Kunst, die Sinnenfreude des Heidentums Verzicht leistet. Wenn die Kirche auf das Volk wieder Einfluß gewinnen und ihm die unsterblichen Heilslehren des Christentums weiter vermitteln wolle, so müsse sie diesen Wünschen des Volkes auch Rechnung tragen. Als man ihm entgegnete, daß damit eine neue Religion geschaffen würde, entwortete der Pastor, ohne sich zu bedenken: „Selbstverständlich. Ich meine den katholischen Futurismus." Der Bischof geriet, wie nicht anders zu erwarten war, darüber in helle Wut und drohte, den allzu reformeifrigen Pastor wegen Ketzerei anzuzeigen. Aber das war eine leere Drohung; denn der Geistliche hatte ja kein religiöses Dogma angegriffen. Deshalb ließ er sich auch nicht einschüchtern und sagte dem Bischof ins Gesicht, daß er kein Selbstherrscher sei, und daß in diesen Dingen dem obersten Kirchenrat allein die Entscheidung zustehe.

Auch hier zeigte sich wieder einmal, daß kleine Ursachen große Wirkungen haben; denn die durch die nackten Beine der Tänzerinnen angeregte Frage, die zunächst nur zwischen dem Geistlichen und seinem Bischof behandelt wurde, griff bald auf alle protestantischen Gemeinden der Vereinigten Staaten über. Die Bischöfe der verschiedenen Diözesen stellten sich auf die Seite ihres die Fundamentalsätze des Christentums verteidigenden Amtsbruders, während die protestantischen Prediger in überwiegender Mehrheit den Mut fanden, gegen den Stachel zu lecken und die Partei des Schützers der leichtbekleideten Tänzerinnen zu ergreifen. So kam es, daß die Diskussion sich erweiterte und sich schließlich zu einer heftigen Fehde zwischen den Modernisten und den sogenannten Fundamentalisten der protestantischen Kirche auswuchs. Die ersteren wollen die Bibel nicht als Wort Gottes anerkennen und sehen in ihr nicht den Quell und die Grundlage des Glaubens. Sie leugnen auch, daß Christus für die Menschheit am Kreuz gestorben sei, ebenso wie seine Wiederauferstehung. Infolgedessen verlangen sie, daß aus der Bibel alle die Märchen, die mit der modernen Wissenschaft nicht in Einklang zu bringen sind, die Ungenauigkeiten und Widersprüche zusammen mit den moralischen Bedenklichkeiten ausgemerzt werden. Die Fundamentalisten ihrerseits verweisen die Geistlichen darauf, daß sie als Diener Gottes ein Gelübde abgelegt und sich durch feierliche Eide verpflichtet haben, die Bibel als das Wort Gottes anzuerkennen. Es gehe nicht an, daß man sich einen Diener Gottes nenne und gleichzeitig die Fundamentalsätze der Religion verwerfe. Hier gebe es nur ein Entweder — Oder, entweder die Unterwerfung unter das kirchliche Dogma oder den Austritt aus der Religionsgemeinschaft.

Der Streit, der zu Weihnachten eine kurze Unterbrechung erfuhr, ist jetzt mit voller Heftigkeit wieder entbrannt. Auf allen Kanzeln, auf allen Lehrstühlen, in der Presse und in Versammlungen, wird das Für und Wider leidenschaftlich erörtert. Die amerikanischen Katholiken stehen lächelnd beiseite und geben ihre Meinung dahin kund, dieser Bruderkampf zwischen den Protestanten sei nicht der erste und werde nicht der letzte sein. Es sei nur die verhängnisvolle Folge, die aus dem Versuch entspringe, die zentrale Kraft der Kirche zu zerstören und aus den Fragen über Glauben und Dogma eine private Angelegenheit zu machen.

Annette von Droste-Hülshoff und die drahtlose Telephonie.

Die große Dichterin ist allerdings schon 1848 gestorben und konnte deshalb die Freuden des Telephons, das erst 1860 von Philipp Reis erfunden und Ende der 70er Jahre nach der Verbesserungen durch Graham Bell auch in Europa allgemeinere Verbreitung fand, nicht mehr erleben. Aber einen Vorklang des Telephons hat sie doch schon verspürt, wie aus einer Stelle in einem der Briefe an ihre Freundin Elise Rüdiger hervorgeht. Schon damals gingen allerlei Gerüchte von einer neuen Erfindung und man scheint sich wirklich schon um die Herstellung eines elektrischen Telephons bemüht zu haben. Eine verworrene Kunde davon drang auch in das einsame Rüschhaus bei Münster, wo Annette ihre Tage verlebte, und sehnsüchtig dachte sie, wieviel besser sie und ihre ferne Freundin es haben würden, wenn sie nicht mehr die langen Briefe schreiben müßten, sondern sich auch mit weiter Ferne unterhalten könnten. „Ich las neulich von einer Erfindung," schreibt sie an 14. November 1845, „die man noch zu vervollkommnen und zum besten der Politik auszubeuten hofft, nämlich, durch eine wenig kostbare Vorrichtung von drahtlosen Röhrchen unter der Erde den Schall auf große Wegstrecken so fortzupflanzen, daß man zum Beispiel in Minden nur sprechen und ein anderer in Münster nur das Ohr anlegen darf. Ich denke mir, diese Einrichtungen würden dann Regale, und man förmlich auf Billetts, nach vorläufiger Bestellung, zu Unterredungen zugelassen. Ach Gott, Lies, was würden wir da manchen halben Gulden totschlagen!" Statt Röhrchen in die Erde zu legen, zog man einen Draht durch die Luft, und heute ist auch dieser Draht überflüssig geworden. Ach Gott, Annette, wenn du das erlebt hättest!

Praktische Winke.

Bindfaden haltbarer zu machen. Man legt denselben einige Tage in eine Auflösung von Alaun. Solcher Bindfaden eignet sich vorzüglich, um Schlingpflanzen an ihm emporzuziehen.

Fleckwasser. Man gießt 8 Gramm reines Benzin und 250 Gramm starken Weingeist oder Spiritus zusammen. [illegible] Mit diesem Fleckwasser lassen sich alle [illegible] zum Beispiel solche von Oel, Teer, Wagerlack, Harz, Wachs, Stearin usw., mit großer Leichtigkeit aus den Stoffen entfernen.

Am 20. Februar entschlief nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser treusorgender Vater, Schwiegervater, Schwager und Bruder, der Tischler 1148

Ernst Tilke

im Alter von 66 Jahren.

Breslau, 21. Februar 1924
Alsenstraße 63.

In tiefer Trauer:
Anna Tilke geb. Scherner
und Kinder.

Beerdigung: Montag, nachmittags 4 Uhr, von der Kapelle des Coseler Friedhofes aus.

Am 20. Februar, nachmittags 5 Uhr, starb nach langem Leiden unsere Kollegin und Mitarbeiterin

Ernestine Adam

im Alter von 53 Jahren.

Ein dauerndes Andenken werden ihr bewahren

Die Kolleginnen und Kollegen der Firma H. Meinecke, A.-G., Breslau-Carlowitz.

Beerdigung: Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, von Oswitz, Tor 6, Halle 1. 1149

Rauchtabak
50 Gramm von 20 Pfg. an.
Zigarren und Zigaretten
zu bekannt billigen Preisen. 554
Max Thomalzig
Zigarren-Spezial-Geschäft,
Promnitzstraße 53,
an der Frankfurterstraße. Telefon 40470.

Stadttheater.
Freitag abend 7½ Uhr: **Das Rheingold.**
Sonnabend abend 6 Uhr: **Die Walküre.**
Sonntag abend 7 Uhr: **Der Wildschütz.**

Lobetheater.
Intendant: **Paul Barnay.**
Tel.: N. 6774 und N. 6700.
Freitag 8 Uhr: **Die Freier.**
Sonnabend abend 8 Uhr: Erstaufführung: **Götz von Berlichingen.**

Thalia-Theater
1701 Ring 6700
Heute, Sonnabend und Sonntag 8 Uhr
Der große Schlagerfilm:
Der Sprung in die Ehe
mit Ludwig Stössel.
Montag, d. 25., 8 Uhr:
Der eingebildete Kranke.
Regie: Ludwig Stössel

Schauspielhaus.
Operettenbühne. Tel. Ring 2543
Heute und täglich 7½ Uhr:
Mädi.
Sonntag vormittag 11½ Uhr:
Hermann Stehr-Feier.
Sonntag nachmittag 3½ Uhr:
Ein Walzertraum.

Dominikaner!
Täglich 8 Uhr:
Das herrliche neue Programm!
Neu! Todfeinde! Neu!
Gastspiel Fred Gregor.
Volkstümlicher Eintritt.

Bitte bei allen Einkäufen stets die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen

1947 **Bettwäsche**
bekannt billig
Leibhaus Trebnitzer Straße 21.

Goldene Trauringe 1961
Größtes Lager, billigste Preise.
Für streng reelle Bedienung bürgt das 40jähr. Bestehen meiner Firma.
Albert Möwius
Schmiedebrücke 56. Tel. Ohle 5153.

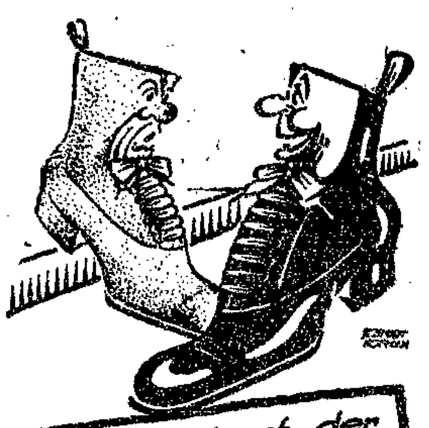
Viktoria-
Theater, N. Taschenstr. 31/33
Täglich 8 Uhr:
Blatzheim
Schwank-Operette
„Knorke aus Amerika" 565
Sonntag 4 Uhr:
Halbe Preise
„NEROS"
Heiratsbüro Blatzheim

Leihweise elegante 1903
Frack- u. Rock-Anzüge
H. Mohaupt
Karlstraße 1, I. Tel. N. 1301
früher Albrechtstraße.

Druckerei Volkswacht
fertigt
moderne Drucksachen
Breslau 2, Flurstr. 4/6

Bezirksverband Bresl. Kleingartenvereine
Sonntag, den 24. Februar, vormittags 10 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses: 1955
Generalversammlung
Reichhaltige Tagesordnung, u. a. Vortrag Tischler:
Sind unsere Kleingärten in Gefahr?
Vollzähliges u. pünktl. Erscheinen ist Pflicht. Der Vorstand.

Wartburg-Lichtspiele
Direktion: Ostfilm A.-G.
Unwiderruflich nur bis Montag!
Das gewaltige amerikanische Sensationsabenteuer:
Der rote Handschuh
5. Teil:
Urkundenfälscher.
6. und Schlußteil: 19.5
Der Triumph des Wild-West-Mädels.
Beide Teile in einem Programm.
Auch ohne die ersten Teile gesehen, verständlich.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: Große Kindervorstellung
„Der Fliegentütenheinrich."
Demnächst: **Zwei Menschen.**



Der eine staunt, der andre lacht, er freut sich über Pilo's Pracht

ADOLF KREBS · PILOFABRIK · MANNHEIM 3

MARKE TEEKANNE „der Gehaltvolle"
also der billigste und zugleich der feinste Tee im Verbrauch

Vertreter für Engrosvertrieb: **Willy Mülder, Breslau, Hummerei 18,** Telef.-Nr. 3893 u. 9779.

Erstaufführung!
4½, 6½ und 8½ Uhr

Theater EDEN Theater
Nikolaistraße 27.

Erstaufführung!
Sonntag ab 3 Uhr.

Stürme

5000 Menschen

Stürme

Ein Sensationsdrama aus den kanadischen Wäldern in 7 Akten.

In der ganzen Welt ein beispielloser Erfolg!

mußten täglich umkehren, weil sie bei der Erstaufführung dieses Filmes in Berlin keinen Einlaß mehr erhalten konnten.

Im Beiprogramm:

Quecnie als Tierarzt.
Ein Lustspiel, nur von Tieren gespielt.

Die Zeitbücher
sind eine Sammlung Novellen, Skizzen, Essays und Lebensbilder aus der Feder moderner Autoren, wie: Emil Gött, W. v. Scholz, Carl Bulke, Ernst Zahn, A. Schubert, Anton Fendrich, Anton Wildgans, Hermann Hesse, Kurt Moret, Paul Enderling u. a. m.

Jedes Bändchen, schmuck gebunden, nur 25 Goldpf. Auswärts per Nachnahme.

In reicher Auswahl vorrätig in der
Volkswacht-Buchhandlung
Neue Graupenstraße Nr. 5.

Sozialistische Monatshefte
Redigiert von Jos. Bloch
monatlich 50 Pf.
vierteljährlich 1.50
Bestellungen bei allen Zeitungsausträgern u. der Volkswachtbuchhandl., Breslau III.

Käufe

Kinderwagen aller Art, auch defekt, kauft stets Scholz, Lessingstr. 11

Garn Futterstoffe Leinwand kauft zu hohen Preisen frco Frida Lippert, Heinrichstr. 16.

Kinderwagen aller Art, auch def., kauft stets Kunert, Gneisenaustraße 11.

Arbeitsmarkt

Eine Zeitungsträgerin
für die Tour
Sadowa-, Moritz- und Schillerstraße
per sofort gesucht.
Verlag der „Volkswacht", Flurstr. 4/6.

Tüchtige, selbständige
Taillen- und Rockarbeiterinnen
sowie **Zuarbeiterinnen,**
welche an erstklassige und saubere Arbeit gewöhnt sind, für sofort für unsere Werkstätten im Hause gesucht.
Meldungen 9–11 Uhr, Hofeingang. 1959
M. Gerstel A.-G.
Schweidnitzer Straße 10/11.